www.laender-analysen.de/ukraine





Nr. 262 | 22.02.2022

Ukraine-Analysen

- **Russlands aggressive Ukraine-Politik**
- **Deutschland im Russland-Ukraine Konflikt**
- **Konfliktlösung in der Sackgasse?**

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde | Deutsches Polen-Institut | Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen | Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien | Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung | Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

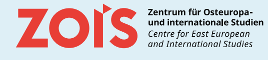












VON DER REDAKTION

Die Russland-Ukraine-Krise im Kontext

Seit Monaten rüstet Russland sein Militär an den Grenzen zur Ukraine massiv auf und setzt diese damit stark unter Druck. Aber auch Europa und die NATO sind von der aktuellen Krise direkt betroffen, da Russland mit seinen kaum erfüllbaren sicherheitspolitischen Forderungen die gesamte, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion aufgebaute Sicherheitsarchitektur in Europa infrage stellt.

Alle Versuche der letzten Wochen, den Konflikt mit Russland diplomatisch zu lösen, sind gescheitert. Entgegen anders lautenden Versprechungen setzt Russland seinen militärischen Aufmarsch fort und soll unterschiedlichen Quellen zufolge inzwischen bis zu 150.000 Soldaten, teilweise nur wenige Kilometer entfernt von der ukrainischen Grenze, stationiert haben (Stand: 19. Februar 2022). Auch die Situation in den von Russland kontrollierten »Volksrepubliken« eskaliert; die Kampfhandlungen entlang der Kontaktlinie haben laut der Sonderbeobachtermission der OSZE stark zugenommen und die Bewohner:innen werden aufgefordert, die Region zu verlassen.

Angesichts dieser hoch brisanten Situation haben die Redaktionen der Ukraine-Analysen, der Russland-Analysen und des Russian Analytical Digest zu Jahresbeginn gemeinsam eine Reihe von Expert:innen angefragt, die aus verschiedenen Perspektiven einen Blick auf die Krise werfen sollen. Die Texte sind größtenteils vor dem 16. Februar 2022 entstanden, noch bevor sich durch Russlands Anerkennung der »Volksrepubliken« die Ereignisse überschlugen, und berücksichtigen daher auch nicht die neuesten Entwicklungen der letzten Tage. Wie gewohnt spiegeln die hier veröffentlichten Einschätzungen und Meinungen ausschließlich die Sicht der Autor:innen wider und beruhen auf ihrer langjährigen Forschung. Im Russian Analytical Digest 276 und in den Russland-Analysen 414 finden sich weitere lesenswerte Kommentare und Materialien zum Thema.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

KOMMENTAR

Drei Lehren und drei Hinweise zur Außenpolitik Putins gegenüber der Ukraine und dem Westen

Von Olexiy Haran (Nationale Universität Kyjiw-Mohyla-Akademie, Kyjiw),
Petro Burkovskyi (Stiftung Demokratische Initiativen, Kyjiw)

Wladimir Putin macht kein Geheimnis aus seiner Absicht, die GUS-Staaten in »befreundete« Vasallenstaaten eines in seiner Vorstellung »wieder auflebenden Russland« zu verwandeln. Die ersten Weckrufe erfolgten 2003, als der Kreml die Republik Moldau und die Ukraine drangsalierte. Moskau stationierte in der Straße von Kertsch Militäringenieure, um die Demarkationslinie zu verschieben und die Schifffahrtsrouten zwischen dem Asowschen Meer und dem Schwarzen Meer unter seine Kontrolle zu bringen. Die Konfrontation mit der Ukraine mündete in einem Rahmenabkommen, das eine gemeinsame Kontrolle und eine bilaterale Zusammenarbeit im Asowschen Meer festlegte.

Heute wird dieses Abkommen von Russland dazu eingesetzt, den internationalen Handel und die Fischerei der Ukraine zu behindern, wobei offen gegen die Bestimmungen des Abkommens verstoßen wird, die zu allgemein formuliert sind und somit Raum für unterschiedliche Interpretationen lassen. Ungeachtet der Anstrengungen, die von 2003 bis 2014 von verschiedenen ukrainischen Regierungen angestellt wurden, ist Russland nie bereit gewesen, diese Unklarheiten zu beseitigen.

Die erste Lehre für ausländische Staatschefs, die mit Russland zu tun haben, lautet: Putin betrachtet Abkommen, die gegenseitige Verpflichtungen beinhalten, lediglich als Instrument, um Schwachstellen bei seinem Gegenüber zu entdecken. Er wartet dann auf den richtigen Moment, um aus dem Abkommen eine Falle zu machen.

2003 war es auch, als Dmitrij Kosak, ein enger Vertrauter Putins, den Versuch unternahm, in Moldau eine »Föderalisierung« durchzusetzen, nämlich als »friedliche Lösung« für den jahrzehntelangen Konflikt zwischen der Republik Moldau und der international nicht anerkannten »Transnistrischen Moldauischen Republik«, einer

von Russland kontrollierten und gesteuerten Enklave. Damals wurde dieser Plan sogar von den in Moldau regierenden Kommunisten abgelehnt, die darin mit der proeuropäischen Opposition übereinstimmten.

Kosak ist heute der Vertreter Russlands bei den Verhandlungen im Normandie-Format. Er verlangt, dass die Ukraine einen »Sonderstatus« der russisch besetzten Gebiete im Donbas anerkennt, die von der Propaganda des Kremls seit 2014 als »Volksrepubliken« bezeichnet werden. Die Kernstücke dieses »Sonderstatus« ähneln sehr dem »Sonderstatus« von Transnistrien und der »Autonomie der Gagausen«, die Kosak 2003 in Moldau durchzusetzen versuchte.

Die zweite Lehre, die zu ziehen ist, besagt, dass Russlands Vorschläge für einen Kompromiss oder Ausgleich auf den ersten Blick zwar vernünftig erscheinen mögen, mittelfristig jedoch für die andere Seite kontraproduktiv sind.

Russland verfolgt allein das Ziel, die Wahrnehmung des Gegenübers in Bezug auf »Sicherheit« und »Interessen« so zu beeinflussen, dass Moskau die rechtliche und kognitive Entscheidungsmacht erlangt und darüber entscheidet, wann seine Sicherheit und seine Interessen bedroht sind oder verletzt werden.

2008 marschierte Russland unter dem Vorwand einer Schutzverantwortung in Georgien ein: Putin behauptete, es geschehe ein »Völkermord« am »südossetischen Volk«. Diese Aggression gegen Georgien ist weder verurteilt noch bestraft worden. Nach diesem Krieg hat Russland die besetzten Teile Georgiens als »unabhängige Staaten« und als »Verbündete« anerkannt, wobei postuliert wurde, dass dies die Grundlage für Schutzmaßnahmen darstellt, wann immer Russland diese für nötig erachtet.

2014 brachte der Kreml einseitige Beschuldigungen vor, es habe in der Ukraine ein »verfassungswidriger Staatsstreich« stattgefunden und es geschehe ein »Völkermord an der russischsprachigen Bevölkerung«, um die Halbinsel Krim sowie Teile der ukrainischen Gebiete Luhansk und Donezk zu besetzen. Heute droht Russland mit der Anerkennung seiner im Donbas errichteten Marionettengebilde als »unabhängige Staaten« und mit der Legitimation seiner offensichtlichen militärischen Aufrüstung und des Aufmarsches in der Region.

Die dritte Lehre lautet: Russlands Diplomatie dient als Instrument zur Legitimierung des Einsatzes militärischer Gewalt und dazu, den betroffenen Ländern das Recht auf Selbstverteidigung abzusprechen.

Dies alles erweckt den Eindruck, dass es nur wenige konventionelle Mittel gibt, mit denen in den Beziehungen zu Russland Berechenbarkeit, Gewissheit und Frieden erreicht werden können. Allerdings liefern uns einige Vorkommnisse in den ukrainisch-russischen Beziehungen Hinweise, wie dies tatsächlich unternommen werden könnte.

Der *erste Hinweis* erfolgte 1995 aus dem Stab des unlängst verstorbenen ersten Vorsitzenden des Geheimdienstes der Ukraine (SBU), General Jewhen Martschuk. Er hatte eine erfolgreiche Kampagne unternommen, um Russland von einem subversiven Vorgehen auf der Krim abzuhalten. Diese starken präventiven Maßnahmen und die Ausschaltung russischer Agenten auf der Krim zeigten, dass die Ukraine entschlossen ist, sich selbst zu verteidigen. Solange Russland noch nicht vollständig auf einen Konflikt vorbereitet ist, kann dieser verhindert werden, und man sollte früh radikale Maßnahmen ergreifen, um einen Konflikt abzuwenden. In der heutigen Zeit bedeutet das, dass die EU Mechanismen zur Verhängung scharfer Sanktionen und zur Verlegung schneller Einsatzkräfte in Richtung des potenziellen Konfliktgebiets beschließen muss, falls Russland militärische Vorbereitungen trifft. Die Ereignisse im Februar 2022 zeigen, dass nur die Aussicht auf eine totale Wirtschaftsblockade und eine starke militärische Unterstützung aus Europa Russland dazu bringen könnte, die Spannungen abzubauen, damit eine Konfrontation vermieden werden kann.

Der *zweite Hinweis* zeichnete sich 2009 ab, nachdem der russische Versuch, die Ukraine mit gestoppten Gaslieferungen zu erpressen, gescheitert war. Der Kreml musste damals akzeptieren, dass die Verträge zwischen der russischen Gazprom und der ukrainischen Naftohaz unter die Jurisdiktion eines unabhängigen Schiedsgerichts in Stockholm fallen. Das russische Interesse an stabilen Handelsbeziehungen mit dem Westen war derart groß, dass der Kreml 2016 sogar den Schiedsspruch zugunsten der Ukraine akzeptierte und die damit verbundenen Strafen 2019 zahlte.

Somit könnte eine stabile Lösung des Konflikts zwischen der Ukraine und Russland dadurch erreicht werden, dass sie mit wirtschaftlichen Optionen für die größten russischen Unternehmen verknüpft wird. In dieser Hinsicht hat Deutschland die stärksten Hebel in der Hand, um im Donbas einen Frieden herzustellen. Deutschland kann nicht nur über das Schicksal von Nord Stream 2 entscheiden, sondern auch darüber, wie viel russische Energieträger auf den europäischen Markt gelangen. Anders gesagt: Es wäre vernünftig, Russland für eine echte Deeskalation mit einem Zugang zu den Öl- und Gasmärkten der EU zu belohnen. Andernfalls sollte Russland bei einer fortgesetzten Aggression mit Einschränkungen und verringertem Marktzugang bestraft werden.

Der *dritte Hinweis*, den wir aus den Erfahrungen der Ukraine schöpfen können, ist, dass Russland nicht die Oberhand gewinnen kann, wenn die Gegenseite geschlossen auftritt. 2014 hat die Ukraine trotz schwacher Verteidigungskapazitäten und einer dysfunktionalen Wirtschaft einer hybriden und offenen Aggression standhalten können, weil die meisten politischen und gesellschaftlichen Kräfte ihre Differenzen beiseiteschoben und zusammenarbeiteten. Das hat Odesa und Charkiw vor einer hybriden Besatzung bewahrt. Wenn also der Westen Russland wirklich abschrecken will, dann

müssen die Mitgliedstaaten der EU und NATO ihre Differenzen vergessen und nach allen Wegen suchen, wie näheren und ferneren Nachbarn geholfen werden kann. Das gilt für die politischen Trennlinien innerhalb der größeren Zusammenschlüsse im Europäischen Parlament und in den Mitgliedstaaten der EU. Es betrifft auch die europäischen Sozialdemokraten und die anderen linken Kräfte: Immerhin bildete 1864 die Solidarität mit dem polnischen Aufstand gegen die russische Zarenherrschaft den Hintergrund für die 1. Internationale.

Stand: 14. Februar 2022

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autoren

Dr. *Olexiy Haran*, Gründungsdekan der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Nationalen Universität Kyjiw-Mohyla-Akademie (1991–1992). Er ist dort Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und Leiter der Schule für politische Analyse. Zudem ist er Forschungsdirektor der Stiftung Demokratische Initiativen (DIF). Sein jüngstes Buch hat den Titel »Von Breschnew bis Selenskyj: Dilemmata ukrainischer Politiker«, 2021, https://dif.org.ua/article/oleksiy-garan-vid-brezhneva-do-zelenskogo-dilemi-ukrainskogo-politologa.

Petro Burkovskyi ist seit 2017 Senior Fellow der Stiftung Demokratische Initiativen (DIF). Von 2006 bis 2020 war er am Nationalen Institut für Strategische Studien in Kyjiw tätig. Zuletzt erschien von ihm der Essay »Russia Puts Transatlantic Unity and Security in Europe to the Test«, https://libmod.de/en/burkovskyi-european-security-russia/.

Kriegsoptimismus im Russland-Ukraine-Konflikt: Grund zum Pessimismus?

Von Olena Lennon (Universität New Haven)

Russlands militärischer Aufmarsch in Richtung Ukraine, der die heftigsten Spannungen zwischen Russland und dem Westen seit dem Ende des Kalten Krieges ausgelöst hat, ist in den letzten Tagen in eine kritische Phase getreten. Das Weiße Haus hat mit Verweis auf neue nachrichtendienstliche Erkenntnisse (https://thehill.com/homenews/administration/593903-white-house-says-russian-invasion-could-begin-any-day-urges-us) eine Warnung veröffentlicht, dass der Kreml in der Lage sei, »jederzeit eine großangelegte militärische Operation zu unternehmen«. Die ukrainische Führung hat zwar endlich anerkannt, dass eine massive Offensive droht, doch wird weiterhin heruntergespielt, (https://www.pravda.com.ua/news/2022/02/12/7323742/) dass eine unmittelbare Gefahr droht. Ebenso wird ungeachtet des Umstands, dass die US-Regierung (https://www.politico.com/news/2022/02/11/white-house-warns-russian-invasion-threat-is-immediate-00008299)und andere Länder den Großteil ihres Personals aufgefordert haben, die Ukraine umgehend zu verlassen, dazu aufgerufen, die Ruhe zu bewahren.

Seit Beginn dieser Eskalation ist die ukrainische Führung für ihre ruhige Art sowohl gelobt als auch kritisiert worden: Gelobt wurde sie dafür, dass eine (kostspielige) voreilige Mobilisierung unterblieb und versucht wurde, die ukrainische Währung sowie die Märkte zu schützen. Kritisiert wurde sie dafür, dass wertvolle Zeit zur Vorbereitung auf einen Krieg und auf eine Evakuierung von Zivilisten vergeudet wurde. Obwohl er sich einem außerordentlichen Aggressor gegenübersteht, schien der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj unbeirrt von den unheilvollen Anzeichen für ein mögliches Blutvergießen. Auch der russische Präsident Wladimir Putin – als Aggressor wahrgenommen – scheint angesichts des drohenden Blutvergießens unbeirrt zu sein. Beide Präsidenten scheinen – jeder auf seine Weise – an Kriegsoptimismus zu leiden, einer Form von Selbsttäuschung, die einen dazu bringt, allzu optimistisch zu beurteilen, wie die Chancen stehen, ihre Ziele zu erreichen. Dabei wird das zu Gewinnende aufgebläht und werden die Risiken kleingeredet. Selenskyjs Kriegsoptimismus mag zwar aus Verzweiflung und einem Überlebenswillen erfolgen – in Verbindung mit Putins kampfeslustigem und neoimperialen Kriegsoptimismus jedoch ist er brandgefährlich.

Selenskyjs Optimismus könnte zweifellos berechtigt sein, da er für die psychologische und physische Stärkung einer kämpfenden Nation förderlich sein kann. Wenn der Optimismus jedoch auf Irrglauben beruht, kann das besonders dann, wenn es um Leben und Tod geht, verheerende Folgen haben. Man schaue sich nur Armeniens jüngste Niederlage (https://www.themoscowtimes.com/2020/12/21/a-look-at-the-military-lessons-of-the-nagorno-karabakh-conflict-a72424) im zweiten Krieg um Bergkarabach an, die in nicht geringem Maße

darauf zurückzuführen ist, dass die armenische Führung die eigene Stärke überschätzte und die des Gegners unterschätzte.

Selenskyjs Optimismus speist sich aus drei Quellen: die verbesserten militärischen Fähigkeiten, die internationale Unterstützung und das hohe Niveau des Patriotismus und der Mobilisierung in der Ukraine.

Die Kampfbereitschaft (https://www.reuters.com/business/aerospace-defense/how-ukraines-armed-forces-shape-up-against-russias-2022-02-01/) und militärische Effektivität der Ukraine haben sich in der Tat nach 2014 verbessert. Die modernisierte militärische Ausrüstung, die aus eigener wie ausländischer Produktion stammt, hat in Kombination mit besser ausgebildeten Truppen (https://www.defenseone.com/threats/2021/11/ukraine-wants-more-exercises-training-us/187018/) – was sowohl auf Kampferfahrung wie auch auf taktische Ausbildung unter Führung der NATO zurückzuführen ist – dazu geführt, dass das ukrainische Militär mittlerweile zu den besten Streitkräften in Europa zählt. Die fortgesetzte diplomatische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung durch den Westen hat die Regierung Selenskyj ebenfalls bestärkt und ihr Auftrieb gegeben. Die USA und die NATO haben ihre Unterstützung für die Souveränität und die territoriale Integrität der Ukraine bekräftigt und die Lieferung von Waffen und Ausrüstung zur Verteidigung drastisch aufgestockt (https://www.wsj.com/articles/u-s-led-air-bridge-of-weapons-to-ukraine-seeks-to-shore-up-kyivs-ability-to-resist-russia-11644140852).

Das neue Gefühl des Patriotismus und der Widerstandsfähigkeit in der ukrainischen Bevölkerung ist nicht weniger ermutigend. In einer Umfrage vom Februar 2022 (https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1099&page=1) meinten rund 57 Prozent der Ukrainer:innen, dass sie im Falle einer neuen russischen Invasion bewaffneten Widerstand leisten würden (Bemerkenswert sind hier die regionalen Unterschiede: Die Bereitschaft zum Widerstand liegt im Westen der Ukraine bei 72 Prozent und im Osten bei 30 Prozent). Die Ukraine hat ihre für die Territorialverteidigung bestimmten Streitkräfte, die ursprünglich eine eigene Truppengattung darstellten, so umstrukturiert, dass zwei Millionen Ukrainer:innen für den Schutz ihrer Häuser und der wichtigsten zivilen Infrastruktur rekrutiert werden können. In einer Umfrage vom Januar 2022 sagten 56 Prozent der Ukrainer:innen (https://uifuture.org/publications/chy-gotovi-ukrayinczi-do-velykoyi-vijny-rezultaty-socziologichnogo-doslidzhennya/), sie würden sich der neuen Truppe anschließen.

Diese Entwicklungen können gewiss die Moral stärken und für Optimismus sorgen. Bei näherer Betrachtung könnte das jetzt aber nicht ausreichen, um sich der russischen Aggression entgegenzustellen. Erstens ist das Verteidigungspotenzial zwar verbessert, hat aber gegen Russland wenig Chancen, nicht zuletzt wegen der Lücken in der ukrainischen Luftabwehr und bei den Fähigkeiten zur elektronischen Kampfführung. Zweitens haben die Streitkräfte der Ukraine (https://www.ukrmilitary.com/2021/02/utrymannya.html) gegenwärtig eine Personalstärke von ungefähr 250.000, was nur rund ein Viertel der im aktiven Dienst stehenden russischen Truppen ist, die Reservisten nicht mitgerechnet. Die ukrainischen Streitkräfte dürften es schwer haben, einer Invasion auf dem Boden standzuhalten. Die ukrainische Widerstandsbewegung mag zwar inspirierend sein, könnte aber gegen wohlbewaffnete konventionelle russische Kräfte, die für eine schnelle Invasion und eine längere Besetzung bereitstehen, weniger hilfreich sein.

Hinzu kommt, wie Dara Massicot, eine leitende Politikwissenschaftlerin von der RAND Corporation anmerkte, dass die russische Strategie (https://www.defenseone.com/ideas/2022/01/ukraine-needs-help-surviving-airstrikes-not-just-killing-tanks/360898/) eine »kurze und intensive ›Initialphase des Kampfes‹ [betont], die entscheidende Wirkungen erzielen könnte, bevor die Bodenstreitkräfte voll im Einsatz sind«. Und schließlich bedeutete der Umstand, dass es zwar eine Unterstützung durch den Westen gibt, aber auch Risse zwischen den europäischen Nationen zur Frage der Waffenlieferungen in die Ukraine und der Sanktionen gegen Russland bestehen, dass die Erwartungen hinsichtlich einer geschlossenen Front des Westens gedämpft wurden.

Selenskyjs Kriegsoptimismus könnte zwar teuer zu stehen kommen, das ist aber weit von den verheerenden Folgen entfernt, die Putins Kriegsoptimismus haben kann. Traditionell speist sich ein Großteil des übersteigerten Selbstbewusstseins der russischen Führung aus der militärischen Stärke des Landes, insbesondere seit der jüngsten Modernisierung (https://www.iiss.org/blogs/analysis/2020/09/rmm-introduction) der Streitkräfte. Russland ist zudem in der Lage gewesen, seine Wirtschaft gegen Sanktionen zu wappnen (https://www.wsj.com/articles/russias-attempts-to-sanction-proof-its-economy-have-exposed-a-weak-spot-11643193911), nämlich durch eine konservative Haushaltspolitik, zu der eine Loslösung vom US-Dollar gehört wie auch eine Reduzierung des Anteils seiner Schulden, der von ausländischen Investoren gehalten wird. Darüber hinaus glaubt der Kreml optimistischer weise, dass die Europäer eine rationale Entscheidung zugunsten stabiler und erschwinglicher Energielieferungen aus Russland treffen und dabei einigen geopolitischen Forderungen entgegenkommen würden (etwa durch eine Blockierung einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine).

Das überzogene Selbstbewusstsein des Kreml weist aber auch einige blinde Flecken auf. Die größeren und technologisch fortschrittlicheren russischen Streitkräfte können zwar die Armee der Ukraine bezwingen und

relativ schnell große Teile des ukrainischen Territoriums erobern, wobei möglicherweise ein Regimewechsel in Kijiw das Ziel wäre. Doch schätzen Experten (https://www.wsj.com/articles/russian-buildup-near-ukraine-features-potent-weapons-systems-well-trained-troops-11644789065), dass mit der Zeit ein personalintensiver Kampf in den Städten für den Kreml eine echte Herausforderung bedeuten würde. Hinzu kommt, dass die Russen zwar die Kapazitäten haben, um die ukrainischen Widerstandsbewegungen zu besiegen, doch könnten sie unterschätzen, wie stark der unumkehrbare Wandel ist, den die ukrainische Gesellschaft aufgrund ihrer prowestlichen Bestrebungen durchlaufen hat. Bei einer Umfrage vom Februar 2022 (https://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/dinamika_vneshnepoliticheskih_orientaciy_16-17_fevralya_2022.html) sagte eine Mehrheit der Ukrainer:innen, dass sie für einen Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union und zur NATO sind (68 bzw. 62 Prozent). Mehrere Studien (https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/260/einstellungen-junger-ukrainer-innen-zur-sowjetischen-vergangenheit/) haben darüber hinaus gezeigt, dass die meisten Ukrainer:innen ihre sowjetische Vergangenheit und deren Erbe eher kritisch betrachten – im Unterschied zur Haltung in Russland. (https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=872&page=6) Anders gesagt: Präsident Putin dürfte nicht das Publikum vorfinden, von dem er glaubt, es im Sturm erobern zu können und auf das er im Sinne eines nachhaltigen prorussischen Regimes zählt. Zusätzlich würde ein Wiederaufbau nach einem Krieg eine enorme Belastung für den russischen Haushalt bedeuten, insbesondere mit Blick auf die angekündigten heftigen Sanktionen.

Es stimmt zwar, dass die westlichen Sanktionen bislang keinen Erfolg hatten, den Kreml zu einer Beendigung der Aggression gegen die Ukraine zu bewegen und eine weitere Eskalation abzuwenden, doch die zusätzlichen Strafsanktionen (https://www.nytimes.com/2022/01/29/us/politics/russia-sanctions-economy.html) gegen Russland, die die USA und ihre europäischen Partner angedroht haben, könnten die russische Wirtschaft lähmen und für die Milliardäre und Regierungsbeamten wie auch für die gewöhnlichen Bürger:innen des Landes schmerzhaft werden.

Angesichts der vielen blinden Flecken im Kriegsoptimismus wäre es hilfreich, dass Selenskyj und Putin, wie auch andere politische Führer zumindest eine Pause einlegen, dass sie die eigenen Illusionen sowie die der anderen Akteure erkennen und dass sie versuchen, die Wirkungen dieser Illusionen dadurch abzumildern, dass alternative Informationsquellen und Interpretationen zu Rate gezogen werden. Die Führungen sollten zudem gewährleisten, dass die Menschen in ihrer Umgebung nicht nur kein Problem damit haben, schlechte Nachrichten zu vermelden, sondern auch, dass die Anreize für eine korrekte tatsachenbasierte Berichterstattung stärker sind als die für eine strukturelle »Schweigekultur« (https://warontherocks.com/2019/01/self-deception-and-the-conspiracy-of-optimism/) in der Organisation.

Während die hektischen diplomatischen Bemühungen zwischen westlichen Führern, Moskau und Kijiw weitergehen, sollten alle beteiligten Seiten sehr ernsthaft die Gründe für ihren Optimismus hinterfragen, nämlich den Optimismus, dass weitere Gewalt tatsächlich etwas daran ändern wird, dass politische Verhandlungen und Zugeständnisse unausweichlich sind.

Stand: 16. Februar 2022

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin
Olena Lennon, Ph.D. war Fulbright-Stipendiatin aus der Ukraine und ist gegenwärtig Adjunct Professor für Politikwissenschaft und Nationale Sicherheit an der Universität New Haven.

Die Russland-Ukraine Krise: Wo steht Deutschland?

Von Stefan Meister (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin)

Der russische Truppenaufmarsch an der Grenze zur Ukraine seit Dezember 2021 dient dazu, massiven Druck auf die USA, NATO und EU-Staaten auszuüben, um eine neue europäische Sicherheitsordnung auszuhandeln. Für die russische Führung scheint der Zeitpunkt für ein Ultimatum zur Aushandlung von Einflusssphären, Garantien für ein Ende der NATO-Erweiterung in Europa und einen Rückzug vor allem der USA aus den östlichen NATO-Mitgliedsstaaten günstig, da die USA und die europäischen Schlüsselstaaten geschwächt sind. US-Präsident Joe Biden wollte sich aus der europäischen Sicherheitspolitik zurückziehen und den Europäern mehr Verantwortung für ihre eigene Sicherheit übertragen, um sich auf den globalen Konflikt mit China zu konzentrieren. In Frankreich wird es Präsidentschaftswahlen im April geben und vor allem

die rechten, z. T. Putin-freundlichen Kandidaten sind die gefährlichsten Gegner für Emmanuel Macron. Seit der Bundestagswahl im Herbst 2021 regiert in Berlin eine Ampelkoalition aus Sozialdemokraten unter Kanzler Olaf Scholz, den Grünen und Liberalen, die insbesondere im Umgang mit Russland noch keine konsolidierte Position hat.

Im Koalitionsvertrag wurde bereits deutlich, dass sich die neue Bundesregierung zwar zu mehr Engagement in den Ländern der Östlichen Partnerschaft der EU sowie zur territorialen Integrität der Ukraine bekennt. Jedoch ist das Kapitel zum Verhältnis zu Russland vage formuliert und erscheint als schwieriger Kompromiss zwischen den Parteien. Die umstrittene Pipeline Nord Stream 2 wird mit keinem Wort erwähnt, sondern nur indirekt angesprochen, indem große Energieprojekte im EU-Rahmen reguliert werden sollen. Die Vielstimmigkeit aus dem Bundestag zu Themen wie Waffenlieferungen an die Ukraine, die Möglichkeit der Sanktionierung von Nord Stream 2 oder die Abkopplung Russlands vom internationalen Zahlungssystem SWIFT, sollte es zu einem Angriff auf die Ukraine kommen, hat Irritationen bei den Verbündeten in Europa und den USA ausgelöst. Linke SPD-Politiker wie Rolf Mützenich hatten im Wahlkampf bereits die »Nukleare Teilhabe« in Frage gestellt. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (ebenfalls SPD) hatte noch vor einem Jahr Nord Stream 2 und Energiebeziehungen als »fast die letzte Brücke« nach Russland bezeichnet.

Bundeskanzler Scholz hat durch fehlende Kommunikation und ambivalente Äußerungen zu Sanktionen und Nord Stream 2 nicht für Klarheit gesorgt. Einzig beim Thema Waffenlieferungen an die Ukraine scheint es einen Konsens in der Bundesregierung zu geben, nämlich, dass es diese definitiv nicht geben wird. Die Nähe einiger SPD-Politiker zum ehemaligen Bundeskanzler und Präsidenten des Verwaltungsrates von Nord Stream 2 Gerhard Schröder sowie dessen Aussagen zum Säbelrasseln durch die Ukraine im aktuellen Konflikt, haben weiter irritiert und die Frage aufkommen lassen, ob Deutschland noch ein verlässlicher Verbündeter ist.

Dass Deutschland seine Verpflichtungen im Rahmen der NATO mit Blick auf Artikel 5 erfüllen wird und sein Truppenkontingent in Litauen, wie bereits länger geplant war, aktuell aufstockt, steht außer Zweifel. Dass, sollte es zu einem massiven russischen Angriff auf die Ukraine kommen, Nord Stream 2 nicht in Betrieb gehen und die Bundesregierung mit ihren Verbündeten in Europa und den USA abgestimmten Sanktionen zustimmen wird, haben Regierungsmitglieder mehrfach deutlich gemacht. Die Ambivalenz in der deutschen Position und Kommunikation erscheint jedoch in der aktuellen sicherheitspolitischen Bedrohung nicht angemessen. Dieses Verhalten spiegelt die Spaltung in der deutschen Politik und Gesellschaft im Umgang mit Russland und der Ukraine wider sowie die Ablehnung, mehr Verantwortung in sicherheitspolitischen Fragen in Europa zu übernehmen.

Deutschland war über Jahrzehnte der wichtigste europäische Wirtschafts- und Verhandlungspartner Russlands. Ökonomische Interessen, die wirtschaftliche Bedeutung Deutschlands sowie historische Schuld (2. Weltkrieg) und Dankbarkeit (deutsche Wiedervereinigung) prägten das Verhältnis beider Staaten. Diese Zeit ist jedoch vorbei: Russland ist im deutschen Außenhandel auf Platz 14 abgerutscht und deutsche Firmen verlassen das Land. Die Annexion der Krim und der Krieg im Donbas 2014 sowie russische Desinformationskampagnen, der Tiergartenmord, der Versuch des russischen Staates, den Oppositionspolitiker Alexei Nawalny zu töten sowie das Vorgehen gegen die russische Zivilgesellschaft und vor allem die Menschenrechtsorganisation Memorial haben zu einer Entfremdung zwischen beiden Staaten geführt. Russland definiert Deutschland zunehmend als Gegner, den es mit Hackerattacken und Desinformationskampagnen versucht zu schwächen.

Vor diesem Hintergrund hat die deutsche Politik es versäumt, ihre Russland- und Osteuropapolitik den aktuellen Realitäten anzupassen und dies auch in der deutschen Öffentlichkeit zu diskutieren. Sie hat weiterhin versucht, die Illusion einer Kooperations- und Engagementpolitik aufrechtzuerhalten, die seit Jahren ins Leere läuft. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat Nord Stream 2 lange als ein wirtschaftliches Projekt bezeichnet und auch ihr Nachfolger Olaf Scholz sieht die Pipeline als rein privatwirtschaftlich an. Dass dieses Projekt in erster Linie geopolitische Ziele verfolgt, indem es die die Ukraine als Transitland überflüssig und damit die Ukraine für Russland erpressbar macht, ist aus wirtschaftlichen Interessen ignoriert worden. Der Wandel Russlands zu einem repressiven Staat nach innen und aggressiven Staat nach außen spätestens seit 2012 ist in der deutschen öffentlichen Debatte in den letzten Jahren nur ansatzweise wahrgenommen worden. Deutschland bezieht inzwischen 55 Prozent seines Gases aus Russland und hat wichtige Infrastruktur wie Gasspeicher an russische Unternehmen verkauft. Der größte von Gazprom betriebene Gasspeicher in Deutschland ist aktuell nur mit 3,7 Prozent gefüllt, was zu Lieferengpässen im Falle eines Konfliktes mit Russland führen könnte. Damit hat sich Deutschland auch unter Angela Merkel verletzlicher und abhängiger von einem autoritären Staat gemacht, der zunehmend revisionistisch auftritt.

Dabei gehen Risse durch alle Parteien in der Frage, wie mit Russland umzugehen sei. Pazifismus, Antiamerikanismus, die Ignoranz von geo- und sicherheitspolitischen Verschiebungen in Europa und weltweit zeugen von einer Realitätsverweigerung der deutschen Politik.

Deutschland ist zum wichtigsten Geldgeber und Fürsprecher der Ukraine in den letzten Jahren geworden. Für Angela Merkel war der Krieg im Donbas Chefsache, sie hat ihr politisches Kapital für diesen Konflikt in die Verhandlungen mit Russland eingebracht. Trotzdem haben alle bisherigen Bundesregierungen Nord Stream 1 und 2 unterstützt und damit das Ziel einer Stärkung der Ukraine untergraben. Das russische Ziel Nord Stream 2 zu bauen, zielt darauf ab, die ukrainische Pipeline vom Netz zu nehmen, was das Land erpressbarer und verletzlicher gegenüber Russland macht. Das Abkommen mit US-Präsident Biden zu Nord Stream 2, die Idee, Flüchtlinge aus Belarus in die Ukraine zu transportieren, unglückliche Debatten über das Nichtliefern von Waffen aufgrund der Schuld aus dem 2. Weltkrieg gegenüber Russland aber nicht der Ukraine, haben zu einer tiefen Entfremdung mit der Ukraine geführt.

Für Deutschland steht die Glaubwürdigkeit und Rolle als Europas wichtigster Verhandler mit der russischen Führung auf dem Spiel. Die aktuelle Bundesregierung hat erst spät in die Verhandlungen mit Russland eingegriffen. Es wird in Berlin noch immer angenommen, dass Moskau aufgrund der hohen Kosten, die ein militärischer Angriff auf die Ukraine bedeuten würde, eher blufft und letztlich nicht angreifen wird. Jedoch geht es um mehr als »nur« die Ukraine. Es geht um die Zukunft der europäischen Sicherheitsordnung und die Rolle Deutschlands als verantwortungsvolle Führungsmacht.

Stand: 14. Februar 2022

Über den Autor

Dr. *Stefan Meister* leitet das Programm Internationale Ordnung und Demokratie bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Davor war er Direktor des Südkaukasusbüros der Heinrich-Böll-Stiftung in Tiflis und in verschiedenen Positionen bei der DGAP und dem European Council on Foreign Relations tätig.

Die Russland-Ukraine-Krise 2022 Ein Moment der Wahrheit für Deutschland

Von Kateryna Zarembo und Marianna Fakhurdinova (beide Zentrum Neues Europa, Kyjiw)

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat Deutschland außenpolitisch einen pazifistischen Weg verfolgt, geleitet von der Idee von Gewaltlosigkeit und Dialog, um den Frieden auf dem europäischen Kontinent zu festigen. Das gilt insbesondere für die deutsche Russlandpolitik, in der die Haltung Deutschlands einerseits von dem Gefühl einer historischen Schuld und Verantwortung gegenüber Russland verstärkt wird, wie auch andererseits von wirtschaftlichen Interessen.

Der aktuelle historische Moment, da Russland eine Revision der euroatlantischen Sicherheitsarchitektur fordert, wobei die Ukraine mit militärischer Gewalt bedroht wird, ist für Deutschland eine Prüfung zu der Frage, ob das Land wirklich Lehren aus der Vergangenheit gezogen hat und ob es eine führende und einigende Rolle in der Europäischen Union spielen kann. Es scheint, als könnte die eigenartige deutsche Mischung aus Pazifismus, Antiamerikanismus, (selektiven) historischen Schuldgefühlen und dem Wunsch nach Dialog mit Russland (ganz gleich wie autokratisch dieses auch ist) dem Land einen üblen Streich spielen. Die Position Deutschlands ragt umso stärker heraus, als sie in markantem Kontrast zu der des Vereinigten Königreichs, der USA und anderer Verbündeter der Ukraine steht.

Bemerkenswert ist, dass diese Besonderheit im Großen und Ganzen nicht nur für Politiker:innen charakteristisch ist, sondern auch für Wissenschaftler:innen und Analytiker:innen. Das lässt sich an den Ergebnissen einer Forschungsarbeit ablesen, in der untersucht wurde, wie Angehörige der Wissenschafts- und Think-Tank-Community in sieben westlichen Staaten den Konflikt in der und um die Ukraine bezeichnen und interpretieren, und welche Lösungsmöglichkeiten sie vorschlagen (Koval et al. in den Lesetipps). Die Studie wurde von einer Gruppe ukrainischer Wissenschaftler:innen erstellt, die über sechs Jahre hinweg rund tausend Publikationen untersucht haben. Sie ergab, dass Wissenschaftler:innen und Analytiker:innen aus Polen, den USA und dem Vereinigten Königreich Russland eine Aggression gegen die Ukraine vorwerfen und abschreckende Maßnahmen vorschlagen (mehr Hilfe für die Ukraine, stärkere Sanktionen gegen Russland usw.). Jene aus Deutschland (und Frankreich) hingegen treten für einen Dialog mit Moskau und für eine Appeasement-Politik ein.

Die Zeit für eine Politik, die allein auf Diplomatie setzt, läuft allerdings aus. Dialog und Appeasement gegenüber Russland haben nicht funktioniert: Nach acht Jahren hybrider Aggression droht Russland der Ukraine und dem Westen nun offen mit Gewalt. Jeder

Kompromiss mit Russland, der zu Lasten der Souveränität der Ukraine geht, wird Putin lediglich signalisieren, dass er noch mehr fordern kann. Deutschland beeinträchtigt durch seine lasche Haltung gegenüber der russischen Aggression die Geschlossenheit der Europäischen Union. Und es spricht der Ukraine das Recht auf Selbstverteidigung ab, das dem Land aufgrund der Charta der Vereinten Nationen zusteht. Wie sonst wäre es zu verstehen, dass Berlin gegen ukrainische Waffenkäufe über die Beschaffungsagentur der NATO (NSPA) ein Veto einlegt und Spenden von Waffen deutscher Produktion blockiert, die Estland (oder andere Drittstaaten) der Ukraine geben wollen, während es ungeachtet der EU-Sanktionen (!) Dual-Use-Güter nach Russland geliefert hat?

Es ist an der Zeit, dass die Regierung von Bundeskanzler Scholz den deutschen Werten der Friedenssicherung gerecht wird. Nur bedeutet Pazifismus in diesem Fall ein aktives Vorgehen zur Verteidigung von Frieden und Demokratie. Zuallererst sollte Deutschland die Ukraine als gleichgestelltes Gegenüber und als Partner betrachten. Schließlich hat unsere Studie gezeigt, dass eine Reihe Wissenschaftler:innen und Politikexpert:innen – ganz zu schweigen von bestimmten Politiker:innen (https://www.sueddeutsche.de/bayern/konflikte-berlin-soeder-osterweiterung-um-ukraine-auf-lange-zeit-kein-thema-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220122-99-809026) und einigen hochrangigen Militärs (https://www.dw.com/en/german-navy-chief-sch%C3%B6nbach-resigns-over-comments-on-putin-crimea/a-60525709) – die Ukraine in ihren Beiträgen eher als Hintergrund für Russlands Verhältnis zum Westen, denn als Subjekt internationaler Beziehungen betrachten. Hinzu kommt, dass keines der untersuchten Strategiepapiere und keiner der Artikel die Ukraine als einen Partner für Deutschland oder den Westen denken, was illustriert, dass die Ukraine im deutschen Diskurs nur als Objekt existiert. Allerdings sind in den jüngsten Veröffentlichungen (https://www.welt.de/politik/deutschland/article236454707/Ukraine-Krise-Deutschlands-Zaudern-bestaerkt-Wladimir-Putin-nur.html) wichtiger deutscher Medien Verschiebungen zu beobachten gewesen. Es wird jetzt auch militärische Unterstützung für die Ukraine und eine stärker proaktive Rolle bei der Abschreckung gegenüber Russland gefordert.

Dennoch sind für Politiker:innen nach wie vor Handeln und Rhetorik entscheidend. Unserer Ansicht nach könnten einige der folgenden Maßnahmen wirksam sein: Deutschland sollte sich im Minsk-Prozess – wo politische Schritte erst dann möglich werden können, nachdem eine stabile Sicherheitslage etabliert wurde – fest an die Seite der Ukraine stellen. Die EU sollte harte Sanktionen gegen Russland verhängen. Deutschland sollte Waffenverkäufe an die Ukraine über die NSPA freigeben, da die Ukraine diese Waffen zur Verteidigung, und nicht für eine Offensive benötigt. Und schließlich sollte ein Unterstützungsfonds für deutsche Investor:innen in der Ukraine eingerichtet werden, der die Ukraine in den Augen deutscher Unternehmer:innen zu einem sicheren und attraktiven Ort machen würde. Die ukrainische Wirtschaft braucht dringend Unterstützung angesichts der fortgesetzten russischen Bedrohung, mit der Russland die Ukraine und den Westen stets erpressen wird, selbst wenn in den nächsten Wochen keine Intervention erfolgen sollte.

Während vor zwei Jahren, als unsere Studie durchgeführt wurde, eine der wichtigsten Empfehlungen deutscher Politikexpert:innen lautete, dass eine ausgewogene Haltung gegenüber Russland einzunehmen und die Tür für einen Dialog mit Moskau offen zu halten sei, was damals noch verständlich gewesen sein mag, so wäre der Vorschlag »Dialog und *business as usual*« mit Russland jetzt völlig inakzeptabel. Falls Deutschland damit weitermacht, könnte es sich bald womöglich einer weiteren Migrant:innenkrise an seinen Grenzen gegenübersehen, nämlich in Form von Ukrainer:innen, die vor der russischen Aggression und einem neuen Krieg mitten in Europa fliehen. Dann wird Deutschland erkennen, dass, wie in Srebrenica, eine Katastrophe hätte verhindert werden können, aber nichts unternommen wurde.

Stand: 16. Februar 2022

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autorinnen
Dr. *Kateryna Zarembo* ist Associate Fellow beim Zentrum Neues Europa in Kyjiw und Dozentin an der Nationalen Universität Kyjiw-Mohyla-Akademie.

Marianna Fakhurdinova ist Analytikerin beim Zentrum Neues Europa in Kyjiw.

Lesetipp:
Nadiia Koval, Volodymyr Kulyk, Mykola Riabchuk, Kateryna Zarembo, Marianna Fakhurdinova: Morphological Analysis of Narratives of the Russian-Ukrainian Conflict in Western Academia and Think-Tank Community, in: Problems of Post-Communism, 2022; DOI: 10.1080/10758216.2021.2009348 (https://doi.org/10.1080/10758216.2021.2009348)

Wir schulden der Ukraine Unterstützung – und eine klare Linie

Von Eduard Klein (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Verantwortung. Laut dem Duden bedeutet sie die »Verpflichtung, für etwas Geschehenes einzustehen«. Werfen wir einen kurzen Blick auf die deutsch-ukrainische Geschichte des letzten Jahrhunderts, um uns zu verdeutlichen, wieso Deutschland eine besondere Verantwortung für die Ukraine hat:

Mit der »Operation Faustschlag« besetzten etwa 400.000 deutsche Soldaten von Februar 1918 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs einen Großteil der heutigen Ukraine. Die Rohstoffe des Landes (in erster Linie Getreide) wurden von der deutschen Besatzungsmacht gewaltsam ausgebeutet. Bei Widerstand drohte die Verurteilung vor dem Standgericht bis hin zur Todesstrafe, um nur ein Beispiel für den willkürlichen und brutalen Charakter des deutschen Besatzungsregimes zu geben.

1941 fiel Deutschland erneut in die Ukraine ein. Tausende Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht, ihre Bewohner:innen ermordet oder zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert. Der menschenverachtenden nationalsozialistischen Rassenpolitik, die sich gegen die jüdische Bevölkerung, aber auch gegen die »slawischen Untermenschen« richtete, fielen schätzungsweise zwischen fünf und sieben Millionen Ukrainer:innen zum Opfer, darunter 1,5 Millionen Jüd:innen.

Die heutige Generation der Deutschen trifft keine Schuld an den Verbrechen ihrer Vorfahren. Aber wir sollten uns der besonderen historischen Dimension der deutsch-ukrainischen Geschichte und der daraus erwachsenden Verantwortung bewusst sein und der Ukraine gegenüber sensibel mit historischen Einlassungen umgehen.

Das gilt auch für die anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die Deutschland im Zweiten Weltkrieg überfallen und besetzt hat und von denen sich nun nicht wenige durch die revisionistische russische Außenpolitik akut bedroht fühlen. Im politischen und gesellschaftlichen Diskurs wird die historische Verantwortung jedoch auf eine besondere Verantwortung gegenüber Russland reduziert, nach dem Credo: Wegen unserer Geschichte dürfen wir mit Russland nicht zu hart ins Gericht gehen, selbst wenn es Territorien anderer Länder okkupiert, politische Gegner:innen ausschaltet oder, wie aktuell, die europäische Sicherheitsarchitektur mit militärischen Muskelspielen aus den Angeln heben will, um seine »Einflusszone« über die eigenen Grenzen hinaus zu erweitern.

Gerade deshalb sorgte das von Außenministerin Baerbock in Kyjiw vorgetragene Argument, Deutschland könne wegen seiner »historischen Verantwortung« keine Waffen zur Selbstverteidigung an die Ukraine liefern, dort für großes Erstaunen. Verantwortung gegenüber wem, dem Aggressor Russland, oder der bedrohten Ukraine?

Auf den ersten Blick steht Deutschland zu seiner historischen Verantwortung gegenüber der Ukraine. Davon zeugen die unzähligen diplomatischen Versuche auf höchster Ebene, den seit 2014 andauernden Krieg im Donbas zu beenden (über die Reintegration der annektierten Krim wird gar nicht mehr gesprochen). Es herrscht weitgehend ein parteiübergreifender Konsens darüber, dass die Ukraine bei ihrem Streben nach Freiheit, Unabhängigkeit, Frieden und Demokratie gerade vor dem Hintergrund der deutsch-ukrainischen Geschichte unterstützt werden müsse (siehe Kommentar zur Bundestagsdebatte »Historische Verantwortung Deutschlands für die Ukraine« im Mai 2017 von Ljudmyla Melnyk in den Ukraine-Analysen 186, https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/186/eine-debatte-um-die-historische-verantwortung-deutschlands-fuer-die-ukraine-im-deutschen-bundestag-zeigt-deutlich-die-krise-der/).

Doch darüber, was diese Verantwortung in der Praxis bedeutet und wie sie konkret aussehen soll, gibt es ein Kontroverse, sowohl zwischen Deutschland und der Ukraine als auch innerhalb Deutschlands. Als Robert Habeck vor knapp einem Jahr im Rahmen einer Reise in den ukrainischen Donbas sagte, dass man der Ukraine die Lieferung von Defensivwaffen zur Selbstverteidigung nur schwerlich verwehren könnte, erntete er dafür aus allen Richtungen heftige Kritik.

Waffenlieferungen an die Ukraine werden von 73 Prozent der Deutschen abgelehnt, was in der Ukraine, die wiederholt um Defensivwaffen gebeten hat (https://www.rnd.de/politik/ukraine-konflikt-deutsche-gegen-waffenlieferungen-an-die-ukraine-H7UNL6FTBJEM3FDHTUG7S6ZHDA.html), auf Unverständnis stößt. Denn Fakt ist: Russland hat 2014 die Ukraine angegriffen, indem die Krim völkerrechtswidrig mit militärischer Gewalt annektiert wurde – und nicht umgekehrt. Russland steht mit seiner Proxy-Armee aus Söldnern und pro-russischen Kämpfern mit einem Bein im besetzten Donbas. Kyjiw steht aus völkerrechtlicher Sicht das »naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung« (Art. 51 der UN Charta der Vereinten Nationen) zu – doch dafür benötigt die Ukraine die Unterstützung ihrer Partner, denn die ukrainische Armee steht einem hochgerüsteten und militärisch weit überlegenen Russland gegenüber.

Die Ukrainer:innen fragen sich angesichts der russischen Bedrohung: Wieso exportiert Deutschland Waf-

fen an Saudi-Arabien und Ägypten, Panzerabwehrraketen an die kurdischen Peschmerga oder Dual-Use-Güter an Russland, während uns nicht einmal Schutzwesten oder Nachtsichtgeräte geliefert werden, geschweige denn Defensivwaffen? Wenn man mit der eigenen Geschichte gegen Waffenexporte in die Ukraine argumentiert, sollte dieses Argument dann nicht grundsätzlich gelten? Hier offenbart sich eine Doppelmoral.

Ob die diplomatischen Bemühungen zu einer Befriedung des sog. Ukraine-Konflikts – der in Wahrheit eine Russland-Krise ist – beitragen können, darf angesichts zunehmender Spannungen bezweifelt werden. Es ist unklar, ob der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine noch weiter militärisch eskaliert. Wenn wir nicht dazu bereit sind, der Ukraine Defensivwaffen zur Wahrung ihres Rechts auf Selbstverteidigung zu schicken, ist es umso wichtiger, dass wir sie angesichts der akuten Bedrohung politisch, wirtschaftlich und finanziell noch stärker unterstützen. Gleichzeitig müssen wir Moskau klarmachen, dass die Kosten einer weiteren (militärischen) Aggression gegen die Ukraine den vermeintlichen Nutzen bei weitem übersteigen werden.

Stand: 18. Februar 2022

Über den Autor
Dr. *Eduard Klein* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Redakteur der Ukraine-Analysen.

Russlands Passportisierung des Donbas: Von einer eingeschränkten zu einer vollwertigen Staatsbürgerschaft?

Von Fabian Burkhardt, Cindy Wittke, Elia Bescotti (alle Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg), Maryna Rabinovych (Universität Agder, Norwegen)

Warum ist die Passportisierung des Donbas von Bedeutung?

Die Passportisierung, d. h. die extraterritoriale und massenhafte, in einem Schnellverfahren durchgeführte Einbürgerung von Bewohner:innen des Donbas seit April 2019, zeigt, dass die russische Invasion der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine ein gradueller und kontinuierlicher Prozess ist, der nicht nur mit militärischer Gewalt erfolgt.

Bis Ende Januar 2022 haben nach Angaben der selbsternannten »Volksrepublik Donezk« (»DNR«) und »Volksrepublik Luhansk« (»LNR«) 635.000 ihrer Einwohner:innen russische Pässe erhalten. Je nach der Bevölkerungszahl, die man den Schätzungen zugrunde legt, verfügen somit zwischen 22 und 35 Prozent der Bevölkerung der »Volksrepubliken« über russische Pässe.

Gegenwärtig sind insbesondere die möglichen militärischen Folgen der Passportierung von Relevanz: Laut Verfassung ist die Russische Föderation verpflichtet, ihre Bürger:innen auch außerhalb des russischen Staatsgebiets zu schützen. Das föderale Gesetz »Über die Verteidigung« ermächtigt den Präsidenten, Truppen ins Ausland zu entsenden, um russische Staatsbürger:innen vor einem bewaffneten Angriff zu schützen. Russland berief sich bereits im Konflikt mit Georgien (2008) und der Ukraine (2014) auf dieses Gesetz, um militärische Interventionen zu rechtfertigen.

Vertreter der »DNR« und der »LNR« sowie russische Offizielle warnten wiederholt vor angeblichen »Provokationen« seitens der Ukraine oder Plänen zur gewaltsamen Rückeroberung der nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiete im Donbas, was zu einem »Völkermord« an der russischen Bevölkerung führen würde. Regierungsvertreter:innen der Vereinigten Staaten erklärten, dass Russland eine Operation unter falscher Flagge durchführen könnte, um einen Vorwand für eine Intervention zu schaffen.

Während international noch verhandelt wird und eine militärische Eskalation verhindert werden könnte, verändert Russland parallel den Status quo in den »Volksrepubliken« zu seinen Gunsten, indem es den Bewohner:innen des Donbas Pässe aushändigt und Sozialleistungen gewährt. Russland hat ihnen bereits das Wahlrecht für die Teilnahme am Verfassungsplebiszit 2020 und den Wahlen zur Staatsduma 2021 eingeräumt. Es bleibt aber festzuhalten, dass die Passportierung eindeutig ein Instrument des extraterritorialen Regierens ist, das die Integration der »Volksrepubliken« mit Russland vertieft. Dennoch wäre es fehlgeleitet, die Passportierung als Anzeichen für eine »schleichende Annexion« zu werten. Denn Moskau bevorzugt derzeit immer noch, den Donbas außerhalb von Russland als Druckmittel nutzen zu können, gerade weil die Frustration Russlands über die Minsker Abkommen gewachsen ist.

Die russische Staatsbürgerschaft wird für einen unbegrenzten Zeitraum verliehen, weshalb die Passportierung über die aktuelle politische Situation hinaus langfristige Auswirkungen haben wird. Das ist ein Umstand, der für jedes mögliche Nachkriegsszenario in Betracht gezogen werden muss. Die Auswirkungen auf die Souveränität der Ukraine sind somit von langfristiger Natur.

Russland gewährt vermehrt Sozialleistungen und Wahlrechte, die aus der Staatsbürgerschaft erwachsen

Die Passportierung des Donbas begann im April 2019, um Druck auf den neu gewählten ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj auszuüben. Die Ukraine lässt keine doppelte Staatsbürgerschaft zu und betrachtet die passportisierten Bewohner:innen des Donbas nach wie vor ausschließlich als ukrainische Staatsbürger:innen. Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union erkennen diese Pässe nicht an und werten die Passportisierung als Verstoß gegen die Minsker Abkommen.

Im Laufe der Zeit hat die Passportierung dem russisch-ukrainischen Konflikt eine neue Dynamik verliehen, die von unten, also von den Ansprüchen, die sich aus der russischen Staatsbürgerschaft ableiten lassen, ausgeht. Die Bewohner:innen des Donbas werden nämlich nicht automatisch zu vollwertigen Mitgliedern des russischen Staates, sondern zu so genannten »eingeschränkten Bürger:innen« mit spürbar verminderten Ansprüchen auf Rechte und staatliche Leistungen. Dies hat insbesondere damit zu tun, dass viele Bürgerrechte an den Wohnsitz auf dem russischen Staatsgebiet gebunden sind. Doch die meisten Bewohner:innen des Donbas haben ihren Wohnsitz in den »Volksrepubliken«. Daher hatten die passportisierten Bewohner:innen des Donbas etwa keinen Anspruch auf russische Sozialleistungen. Wie wir in dem Forschungsbericht »*Passportization, Diminished Citizenship Rights, and the Donbas Vote in Russia's 2021 Duma Elections*« zeigen, wirkte sich die eingeschränkte Staatsbürgerschaft auch auf das Wahlrecht bei den Parlamentswahlen aus. Die Bewohner:innen des Donbas mussten in die russische Region Rostow reisen, um ihre Stimme abzugeben, und sie durften nur für Parteien, nicht aber für Direktkandidierende in Einerwahlkreisen stimmen. Um die Wahlbeteiligung unter den Bürger:innen des Donbas zu steigern, ermöglichte Russland erstmals die elektronische Stimmabgabe in den »Volksrepubliken« über das russische e-Government-Portal *Gosuslugi*.

Aus unserer Analyse gehen mehrere Erkenntnisse über die politischen Präferenzen der Bevölkerung des Donbas hervor: Mit rund 200.000 abgegebenen Stimmen lag die Wahlbeteiligung unter den passportisierten Bewohner:innen des Donbas bei etwas mehr als 40 Prozent und damit höher als beim Verfassungsreferendum im Jahr 2020, als knapp über 10 Prozent ihre Stimme abgaben. Je nachdem, welche Annahmen man über die Bevölkerungszahl in den »Volksrepubliken« trifft, lag die Wahlbeteiligung in der Gesamtbevölkerung über 18 Jahren zwischen 8 und 14 Prozent. Unter den Wähler:innen im Donbas hat »Einiges Russland« einen Erdrutschsieg errungen. In Wahllokalen und Wahlbezirken, in denen sowohl Bürger:innen aus dem Gebiet Rostow als auch aus dem Donbas ihre Stimme abgaben, lag das Ergebnis für »Einiges Russland« im Durchschnitt um 25 Prozent höher als in solchen, in denen keine Bürger:innen des Donbas in das Wählerverzeichnis aufgenommen wurden. Selbst wenn man Wahlfälschung und Mobilisierung am Arbeitsplatz berücksichtigt, deutet dies darauf hin, dass die Wähler:innen im Donbas weitgehend kremlfreundlich eingestellt sind und für eine tiefere Integration mit Russland gestimmt haben. Die Ergebnisse zeigen jedoch auch, dass die Mehrheit der Bewohner:innen der »Volksrepubliken« ihren politischen Willen und den Wunsch nach einer tieferen Integration mit Russland bei den Dumawahlen nicht zum Ausdruck gebracht hat.

Dieser Befund deutet darauf hin, dass die Ukraine in den »Volksrepubliken« noch über beträchtliches Potenzial verfügt, um der Passportisierung in den nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten entgegenzuwirken. Abgesehen von der Nichtanerkennung russischer Pässe fehlt es der Ukraine jedoch an einer kohärenten Strategie: Die vorgeschlagenen Maßnahmen reichen vom »Bau einer Mauer« zwischen den »Volksrepubliken« und dem Rest der Ukraine bis hin zu einer sogenannten »Konvalidierung«, d. h. der teilweisen Anerkennung einiger von den Verwaltungen in den »vorübergehend besetzten Gebieten« ausgestellten Dokumente, die die Reintegration in der Zukunft erleichtern könnte. Doch die Dauer des Konflikts, die Covid-19-Pandemie sowie der militärische Aufmarsch Russlands im Frühjahr 2021 und Winter 2021/2022 haben weiter zur Entfremdung der ukrainischen Regierung von ihren Bürger:innen in den »Volksrepubliken« beigetragen.

Russland ist nun bestrebt, die derzeit deutlich verminderten Rechte und Ansprüche der passportisierten Bewohner:innen des Donbas auszubauen. Nach Putins Treffen mit dem russischen Menschenrechtsrat im Dezember 2021 veröffentlichte der Präsident im Januar 2022 mehrere Verordnungen (http://www.kremlin.ru/acts/assignments/orders/67660): Demnächst sollen Bewohner:innen des Donbas über die russische e-Government-Plattform *Gosuslugi* russische Renten und Sozialleistungen wie das »Mutterkapital«, Covid-19-Einmalzahlungen oder eine medizinische Gesundheitsversorgung beantragen können, selbst wenn kein Wohnsitz in Russland vorliegt. Sogar der Grenzübertritt

zwischen den »Volksrepubliken« und Russland könnte über das *Gosuslugi*-Portal erleichtert werden. Darüber hinaus sehen Putins Verordnungen auch eine Ausweitung des Wahlrechts vor, die es der Bevölkerung des Donbas ermöglichen würde, bei den nächsten Parlamentswahlen Kandidierende für Direktmandate in Einerwahlkreise zu wählen, ohne in die Region Rostow pendeln zu müssen. Diese erweiterten Rechte dürften die Beantragung der russischen Staatsbürgerschaft für immer mehr Bewohner:innen des Donbas attraktiv machen.

Passportisierung schafft Handlungsoptionen für Russland

Die Passportierung ist Teil der Strategie Russlands, die Souveränität der Ukraine zu untergraben. Sie hat kurzfristige Auswirkungen auf die Konfliktlösung im Rahmen des Minsker Prozesses, aber auch langfristige Folgen für die ukrainische Staatlichkeit nach einer möglichen Beilegung des Konflikts. Durch die Passportisierung schafft Russland sich vor allem Handlungsoptionen: Es kann die Verpflichtung, seine Staatsbürger:innen auch außerhalb des Staatsterritoriums zu schützen, als Vorwand für eine weitere Militärintervention missbrauchen. Außerdem könnte Russland Druck auf die Ukraine ausüben, die Minsker Vereinbarungen zu russischen Bedingungen umzusetzen, vor allem durch die Androhung militärischer Gewalt. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Passportisierung anhaltende Auswirkungen auf die politischen Präferenzen der Einwohner:innen des Donbas hat: Die regionalen Verwaltungschefs sind Mitglieder von »Einiges Russland«, viele Wähler:innen stimmten bei den Duma-Wahlen für die Kreml-Partei, und ein großer Teil der Einwohner:innen besitzt schon einen russischen Pass und erhält Zugang zu russischen Sozialleistungen.

Je länger die Passportisierung der Bevölkerung andauerte, desto mehr baute Russland seinen Einfluss im Donbas aus und sorgte damit dafür, die Minsker Abkommen zu begraben.

Stand: 17. Februar 2022

Über die Autor:innen

Dr. *Fabian Burkhardt* ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) in Regensburg. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit Exekutiv- und Digitalpolitik in postsowjetischen Ländern mit Schwerpunkt Russland und Belarus.

Dr. *Cindy Wittke* ist Leiterin der Politikwissenschaftlichen Forschungsgruppe am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) in Regensburg. Sie ist außerdem Leiterin des Projekts »Zwischen Konflikt und Kooperation – Politiken des Völkerrechts im postsowjetischen Raum« (PolVR, FKZ 01UC1901), gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Dr. *Maryna Rabinovych* ist Postdoktorandin beim vom Norwegischen Forschungsrat geförderten Projekt »Sinkende Standards? Compliance-Verhandlungen und das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Ukraine« am Institut für Politikwissenschaft und Management der Universität Agder in Norwegen. Sie kooperiert außerdem mit der Kyiv School of Economics (Ukraine). Maryna Rabinovych erhielt ihren Doktortitel im Bereich der Rechtswissenschaften von der Universität Hamburg.

Elia Bescotti, M.A., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) in Regensburg und promoviert im Rahmen der vom BMBF geförderten Projektgruppe »Zwischen Konflikt und Kooperation: Politiken des Völkerrechts im postsowjetischen Raum« an der Université Libre de Bruxelles (ULB) in Belgien. Seine Dissertation schreibt er über Politiken des Völkerrechts und der ontologischen Sicherheit in den Sezessionskonflikten in Georgien und Moldau.

Lesetipps

- Burkhardt, Fabian. 2020. "Russia's 'Passportisation' of the Donbas. The Mass Naturalisation of Ukrainians Is More Than a Foreign Policy Tool." German Institute for International and Security Affairs, SWP Comment 2020/C 41, https://www.swp-berlin.org/en/publication/russias-passportisation-of-the-donbas, DOI: 10.18449/2020C41.
- Burkhardt, Fabian, Maryna Rabinovych, Cindy Wittke, and Elia Bescotti. "Passportization, Diminished Citizenship Rights, and the Donbas Vote in Russia's 2021 Duma Elections." TCUP Report: Temerty Contemporary Ukraine Program, Ukrainian Research Institute, Harvard University, January 2022, https://huri.harvard.edu/files/huri/files/idp_report_3_burkhardt_et_al.pdf?m=1642520438.
- Burkhardt, Fabian. "Passports as Pretext: How Russia's Invasion of Ukraine Could Start." War on the Rocks, 17.02.2022, abrufbar unter https://warontherocks.com/2022/02/passports-as-pretext-how-russias-war-on-ukraine-could-start/.
- Wittke, Cindy. 2019. "The Minsk Agreements–more than 'scraps of paper'?". East European Politics, 35(3): 264–290.

Die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine: Wunsch und Wirklichkeit

Von Yana Lysenko (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Einleitung

Der Beobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in der Ukraine wird im politischen Diskurs Westeuropas eine entscheidende Funktion bei der Entschärfung des Konflikts in der Ostukraine zugesprochen. Doch wie wirksam die Mission (in der Folge SMM für Special Monitoring Mission genannt) tatsächlich ist, ist vor allem unter den beteiligten Konfliktparteien (de facto bestehend aus der Ukraine, Russland und den selbstproklamierten »Volksrepubliken«) umstritten. Da die Grundlagen und der Handlungsspielraum, der sich aus dem Mandat ergibt, kaum diskutiert werden, sollen diese im Folgenden skizziert werden. Nur so scheint eine realistische Einschätzung der Wirkungsmöglichkeiten der Mission möglich zu sein.

Die Arbeit der Mission und ihre Effizienz werden von den betroffenen Konfliktparteien unterschiedlich bewertet. Die ukrainische Seite stellt sich dabei vollständig hinter die Arbeit der SMM und gibt allein Russland und den Separatisten die Schuld daran, dass diese nicht die erhoffte Wirkung zeigt. Dem gegenüber wird die SMM von den selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk (»DNR« und »LNR«) als eine »blinde Mission« (https://dan-news.info/en/photos/donetsk-protests-against-smm-inaction-osce-your-blindness-is-someones-death/) bezeichnet, die unzählige Verletzungen der Minsker Abkommen durch die Ukraine vorsätzlich nicht bemerken will. Russland definiert sich selbst offiziell als nicht am Konflikt beteiligter Akteur. In der russischen Presse wird die SMM als »untätige und ohnmächtige« Mission charakterisiert, die sich nicht bemüht, die Spannungen im Donbas abzubauen, und stets unkritische Einschätzungen der Lage zugunsten der Ukraine abgibt.

Die Entsendung der SMM wurde ursprünglich als Reaktion auf Russlands verdeckte Invasion der Krim Anfang März 2014 durch die Ukraine angestoßen. Das Mandat wurde erst am 21. März 2014 für eine Sonderbeobachtermission der OSZE auf dem gesamten Gebiet der Ukraine (nach ukrainischer Lesart inklusive der Krim) erteilt. Russland lehnte aufgrund der inzwischen durch das Referendum vom 16. März 2014 und das folgende Beitrittsgesuch der Krim zur Russischen Föderation geschaffenen Tatsachen einen Zugang zu diesem Bereich ab, so dass das Mandat lediglich auf den Rest der Ukraine beschränkt blieb. Das Mandat bezieht sich also nicht explizit auf den Konflikt in der Ostukraine, der erst im April 2014 eskalierte. Der SMM-Einsatz in den nicht-regierungskontrollierten Gebieten der Ukraine wurde erst in den Minsker Abkommen (Minsk 1 am 5.9.2014, Minsk 2 am 12.2.2015) explizit festgeschrieben.

Rahmen des Mandates

Zu Beginn des Mandats zählte die OSZE-Mission 100 Beobachter, schon im Dezember 2014 war sie auf insgesamt 511 Mitarbeiter (davon 341 Beobachter) angewachsen. Aktuell ist die SMM mit 1.301 Mitarbeitern (davon 689 Beobachtern) die größte Mission in der Geschichte der OSZE. Die Beobachter der SMM sind laut Mandat grundsätzlich befugt, die folgenden Tätigkeiten auszuüben: Informationen über die Sicherheitslage zu sammeln und darüber zu berichten, die Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu unterstützen, Kontakt mit den örtlichen Behörden und einen Dialog mit der lokalen Zivilbevölkerung aufzunehmen, um »Spannungen abzubauen und eine Normalisierung der Lage zu fördern« (https://www.osce.org/files/f/documents/d/6/116747.pdf). Sie sind außerdem berechtigt, »über etwaige Einschränkungen der Bewegungsfreiheit der Beobachtungsmission oder andere Behinderungen bei der Erfüllung ihres Mandats zu berichten« (https://www.osce.org/files/f/documents/d/6/116747.pdf).

Kennzeichnend für das Mandat ist, dass es weder konkrete Konfliktparteien, die zur Verantwortung gezogen werden könnten, noch das Wort »Konflikt« selbst beinhaltet. Die Separatisten und Russland kommen als Akteure nicht vor.

Die SMM ist als reine Beobachtermission geschaffen worden. Dies entspricht den Statuten aller OSZE-Missionen, die anders als etwa UN- oder EU-Missionen, grundsätzlich ohne exekutives Mandat, etwa zur Beweissicherung, geschaffen werden. Die Mission kann in der Konsequenz also nur ein Bild der beobachteten Verstöße gegen die Minsker Abkommen und gegen die Menschenrechte erfassen. Die Beobachter sind zu jeder Zeit auf die Kooperationsbereitschaft der Autoritäten vor Ort angewiesen und haben keine Möglichkeiten, den Zugang zu gewünschten Gebieten zu erzwingen, obwohl ihr dieser laut Mandat für die gesamte Ukraine (also auch für die nicht-regierungskontrollierten Gebiete) gewährt werden muss.

Schwachstellen der Mission

Aus den täglichen SMM-Berichten geht seit Beginn der Beobachtungen im Osten der Ukraine hervor, dass vor allem die Separatisten den OSZE-Beobachtern den Zugang zu bestimmten Gebieten verwehren (im Jahr 2021 waren sie für 91 Prozent der Zugangsbehinderungen (https://www.osce.org/files/f/documents/2/a/511327.pdf) verantwortlich). Als Vorwände wurden »Fürsor-

gemaßnahmen« gegenüber potenziellen Gefahren oder auch Anti-Corona-Maßnahmen genutzt.

Die SMM-Tagesberichte enthielten bis zum 29.10.2015 eine Richtungsangabe zur Schussrichtung schwerer Waffen (Outgoing/Incoming), was eine mutmaßliche Zuschreibung des Urhebers zuließ. Seit dem 30.10.2015 wird nur noch vermerkt, wann und wo ein Beschuss oder eine Explosion beobachtet wurde. Die verklausulierte Berichtssprache der OSZE erschwert für Nicht-Insider ein klares Verständnis ihrer Berichte erheblich. Obgleich also faktisch jeder beobachtete Bruch der Minsker Abkommen sowie weiteres Fehlverhalten benannt werden, ist dies dem unbedarften Leser praktisch nicht ersichtlich. Das ermöglicht Manipulationen bei der Auslegung von Informationen aus den OSZE-Berichten zur Untermauerung eigener Positionen.

Eine große Schwäche des Mandates ist die fehlende Benennung der heutigen Konfliktparteien im offiziellen Mandatstext, die dazu führt, dass weder die Separatisten noch russische Beteiligte direkt beim Namen genannt werden. Die Kommunikationspraxis der ukrainischen Regierung, eine Benennung der »Volksrepubliken« als Konfliktpartei auszuschließen, um ihnen die Legitimation zu entziehen, wirkt im Falle dieses OSZE-Mandates eher kontraproduktiv. So kann keine der Seiten im Konflikt zur Rechenschaft gezogen werden, da diese Konfliktparteien im Mandat wie auch in den Minsker Abkommen überhaupt nicht klar benannt werden (ausführlicher dazu die Analyse von Heiko Pleines in den Ukraine-Analysen 261 (https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/261/die-umsetzung-der-minsker-vereinbarungen-was-ist-moeglich/)).

Somit ist das SMM-Mandat ein Kompromissergebnis – geschaffen für eine Konfliktlage, die den Kriegsausbruch in der Ostukraine zum damaligen Zeitpunkt nicht einmal berücksichtigen konnte. Die SMM wirkt wie ein für die konkrete Aufgabe wenig taugliches Werkzeug, das dennoch weitergenutzt wird, da es besser ist als gar keines. Ein Kernproblem dabei liegt in der Struktur der OSZE, die für jede Entscheidung die Zustimmung aller ihrer 57 Teilnehmerstaaten benötigt. Aus der Sicht Russlands stellte die Zustimmung zur SMM im März 2014 ein großes Entgegenkommen dar. Nach dem Rückzug Russlands aus dem einzigen gemeinsamen Krisenkontrollgremium, dem militärischen Joint Centre for Control and Coordination (JCCC) (https://www.reuters.com/article/us-ukraine-crisis-conflict-jccc-idUSKBN1EE1X2), im Dezember 2017 und in Anbetracht der aktuellen Konfliktlage zwischen der Ukraine und Russland wäre selbst das aktuelle OSZE-Mandat heute nicht mehr neu erreichbar.

Resümee

Ein auf den konkreten Konflikt zugeschnittenes OSZE-Mandat mit klarer Adressierung von Zielen und Beteiligten (wie z. B. das Mandat für die Mission in Moldau (https://www.osce.org/files/f/documents/6/0/41137.pdf)) könnte spürbare Erfolge erzielen, wobei hier wieder als Vorbedingung eine Zustimmung aller OSZE-Staaten gilt. Problematisch bleibt im Falle der Ostukraine, dass es sich hier de facto nicht um einen innerstaatlichen Konflikt handelt. Bei einem rein innerstaatlichen Konflikt zwischen der Ukraine und den Separatisten, die sich aber auch unabhängig von Russland positionieren würden, gäbe es zwar keine Garantie für den Erfolg einer OSZE-Mission, aber zumindest eine Zustimmung für ein Mandat wäre denkbar.

Im konkreten Falle müsste dieses Mandat robuster ausfallen. Aus dem Helsinki-Dokument der KSZE von 1992 (https://www.osce.org/files/f/documents/7/c/39530.pdf) folgt, dass eine Mission bei ihren Friedenssicherungsaktivitäten neben zivilen Mitarbeitern auch auf den Einsatz von militärischem Personal und die Entsendung von Streitkräften zurückgreifen könnte. Eine OSZE-Mission könnte mit der Überwachung und Aufrechterhaltung von Waffenstillständen, mit dem Monitoring des Truppenabzugs und mit der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung betraut werden, was auch die Ausübung von Polizeiaufgaben impliziert. Zumindest diese im Rahmen einer OSZE-Mission noch nie umgesetzten Möglichkeiten wären auch im Ostukraine-Konflikt notwendig, um eine effektive Einhaltung des Waffenstillstandes und eine tatsächliche Friedenssicherung zu gewährleisten und so wirkungsvoll zu agieren, wie es etwa robuste UN-Blauhelm-Missionen können.

Die Effizienz einer OSZE-Mission hängt somit vor allem von ihrem konkreten Mandat und vom Kooperationswillen aller betroffenen Akteure ab. Die strukturelle Schwäche der OSZE liegt in der grundsätzlichen Annahme eines »fairen Spiels« aller Teilnehmer ohne reale Sanktionsmöglichkeiten gegen einen Regelbrecher. Die SMM zeigt beispielhaft, dass eine OSZE-Mission ihren tatsächlichen Aufgaben nicht gerecht werden kann, sobald ein OSZE-Staat diese aktiv hintertreibt. Die Hoffnung der westlichen Vermittler im aktuellen Konflikt, die OSZE als »Schlüssel zum Frieden« in der Ostukraine zu nutzen, ist daher mehr als zweifelhaft.

Stand: 16. Februar 2022

Über die Autorin

Yana Lysenko studiert im MA Politikwissenschaft an der Universität Bremen. Derzeit ist sie Praktikantin an der Forschungsstelle Osteuropa. Ihre Forschungsinteressen liegen in den Bereichen der Konfliktforschung (aktuell insbesondere in den Ukraine-Russland-Beziehungen) und der De-facto-Staaten.

Das Normandie-Format und die Minsker Abkommen: Können sie zu einer Deeskalation im Konflikt mit Russland beitragen?

Von Mariia Zolkina (Stiftung Demokratische Initiativen, Kyjiw)

Einführung

Die anhaltende Eskalation und die politische und militärische Erpressung durch Russland hat die Staaten des Westens in intensive Verhandlungen mit dem Kreml treten lassen, um mögliche Wege aus der Krise zu finden. Die Reaktivierung des Normandie-Formats wird als eine mögliche Lösung betrachtet, auch wenn dessen Potenzial, zu einer allgemeinen Entspannung beizutragen, bestenfalls begrenzt ist. Warum werden Gespräche im Normandie-Format in dieser Phase wohl kaum erfolgreich sein, und welche verborgenen Risiken gibt es angesichts der russischen Drohung mit einer weiteren Invasion?

Normandie-Gespräche: die Illusion von Sicherheitgarantien

Die Gespräche auf diplomatischer Ebene zwischen Russland und den USA, Frankreich, Deutschland sowie der NATO und der EU über die Verhinderung einer weiteren Invasion in die Ukraine oder anderer Formen einer hybriden Aggression gegen die Ukraine haben ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht, allerdings ohne spürbaren Erfolg. Entgegen dem allgemeinen Eindruck, dass die zur gleichen Zeit erfolgte Reaktivierung des Normandie-Formats durch Kompromisse zwischen Russland und der Ukraine zur Deeskalation beitragen könnte, birgt dies auch Risiken und Nachteile.

Erstens ist das Normandie-Format schlichtweg nicht in der Lage, auf die derzeitigen Herausforderungen zu reagieren und Spannungen von dieser Intensität abzubauen. Die Forderungen, die der Kreml an den Westen richtet, gehen weit über die Umsetzung der Minsker Abkommen hinaus. Die gegenwärtige Krise umfasst viel breitere Fragen als nur die Beilegung des Konflikts im Donbas. Die von Moskau offen formulierten weitreichenden Forderungen, dass die Ukraine auf eine Aussicht auf NATO-Mitgliedschaft verzichten müsse, sind nur ein Beispiel dafür, wie weit die tatsächlichen Absichten und der Appetit des Kremls reichen. Obwohl es gegenwärtig das einzige Verhandlungsformat ist, in das sowohl Moskau als auch Kyjiw eingebunden sind, ist das Normandie-Format somit schlichtweg nicht das richtige Forum für eine Deeskalation zwischen Russland und der Ukraine.

Zweitens ist Russland immer noch daran interessiert, politische Zugeständnisse in Bezug auf die Minsker Abkommen zu erreichen. Der Kreml weiß, dass solche Kompromisse weder die kurzfristige Eskalation noch den langfristigen Konflikt beenden können, aber ausreichen würden, um die Ukraine zu destabilisieren. Die zentrale Forderung, die Russland bei den jüngsten beiden Normandie-Treffen auf Berater:innenebene an die Ukraine stellte, war die nach direkten Verhandlungen zwischen Kyjiw und den international nicht anerkannten Machthabern im besetzten Donbas. Aus den offiziellen Stellungnahmen Moskaus wird deutlich, dass es die politischen Verhandlungen weg vom Normandie-Format hin zur Trilateralen Kontaktgruppe des Minsk-Prozesses verlagern will, wo die »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk vertreten sind, wenngleich ohne offiziellen Mitgliedsstatus. Aus Sicht der Ukraine würden Zugeständnisse keine spürbare Deeskalation garantieren, sondern vielmehr ihre Verhandlungsposition stark schwächen. Für Moskau würde dies hingegen neue Vorteile schaffen und es ermöglichen, sich von den aktiven Verhandlungen zurückzuziehen und das Normandie-Format durch einen »direkten Dialog« im Rahmen der Minsker Kontaktgruppe zu ersetzen.

Drittens ist Russland nicht an einem institutionalisierten zwischenstaatlichen Kontakt mit der ukrainischen Regierung interessiert, solange es nicht sicher ist, dass Kyjiw schmerzhaften Kompromisse zustimmt. Das ist der Grund, warum Gespräche auf Berater:innenebene im Normandie-Format das Maximum sind, zu dem Moskau bereit ist. Es sei allerdings daran erinnert, dass dies innerhalb des Normandie-Formats die niedrigste Ebene darstellt.

Was ist zu tun?

Einerseits hat Kyjiw alle möglichen Anstrengungen unternommen, um bei den derzeitigen internationalen Verhandlungen voll beteiligt zu sein und diese aktiv mitzugestalten. Die Ukraine hat ebenso versucht, mögliche Deals zwischen Moskau und dem Westen zu Lasten Kyjiws zu verhindern. Nach den letzten beiden Normandie-Treffen dürfte der ukrainischen Regierung jedoch klar sein, dass dieser Weg den Status quo nicht zugunsten der Ukraine verändern kann.

Jegliche Entscheidungen im Rahmen des Normandie-Formats können nur dann getroffen werden, wenn Moskaus Forderungen voll berücksichtigt werden. Das jüngste, schwierige und ergebnislose Treffen in Berlin hat deutlich gemacht: Russland will nicht einmal die Sicherheitsbestimmungen der Minsker Abkommen erörtern. Unter diesen Umständen ist die sicherste Option, gar keine Abschlusserklärungen oder Dokumente zu unterzeichnen – auch wenn dies angesichts einer drohenden neuen Invasion vielleicht paradox erscheinen mag.

Die westlichen Verbündeten müssen sich die Argumente der Ukraine anhören. Je mehr sie oder Kyjiw versuchen sollten zurückzuweichen, desto geringer werden die Chancen für eine echte Deeskalation und die Vermeidung einer weiteren Aggression sein.

Das bedeutet nicht, dass sich die Ukraine und deren westliche Partner aus den Normandie-Gesprächen zurückziehen sollten. Es wäre aber vernünftig, in der gegenwärtigen Situation den Ansatz zu verändern: Man sollte nicht versuchen, globale Fragen durch Kompromisse über den Donbas und die Minsker Abkommen zu lösen. Und man sollte nicht der Logik des Kremls folgen, dass dieser durch Zugeständnisse auf Kosten des Donbas zu beschwichtigen sei – dies würde den Appetit Moskaus nur steigern.

Stand: 18. Februar 2022

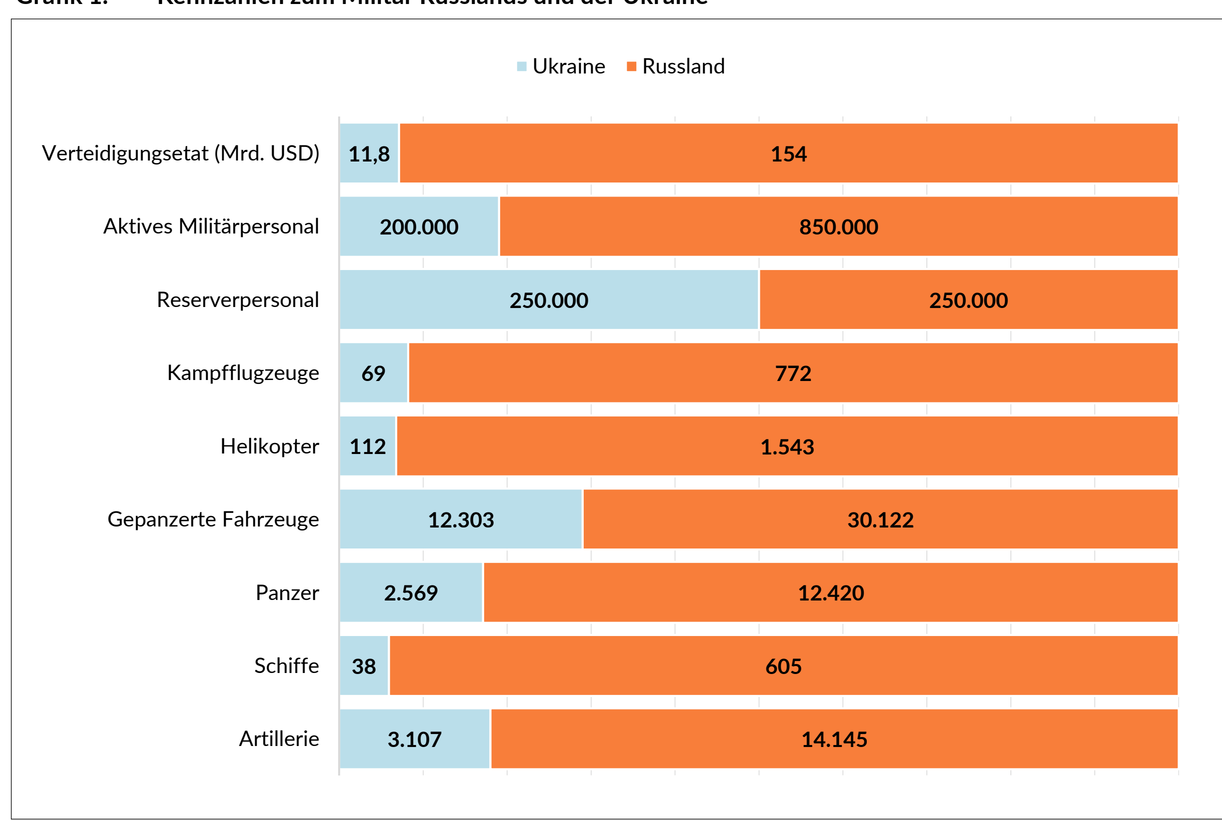
Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin
Mariia Zolkina ist Analytikerin bei der Stiftung Demokratische Initiativen (DIF) in Kyjiw.

STATISTIK

Vergleich der militärischen Stärke Russlands und der Ukraine

Grafik 1: Kennzahlen zum Militär Russlands und der Ukraine



Quelle: Global Firepower 2022, Stand: 21.02.2022, https://www.globalfirepower.com/.

UMFRAGEN

Meinungsumfragen zu den Spannungen zwischen Russland und der Ukraine

Es folgt eine Zusammenstellung aktueller Meinungsumfragen zu den Spannungen zwischen Russland und der Ukraine aus ausgewählten Ländern. Die Umfragen sind nach Ländern in geografischer Anordnung von Ost nach West sortiert.

Russland

- Russisches Meinungsforschungszentrum VZIOM (2022): Ukraine und Ukrainer – Brüder, Feinde oder Nachbarn?, durchgeführt am 10.01.2022 unter 1.600 Befragten, in Russisch https://wciom.ru/analytical-reviews/analiticheskii-obzor/ukraina-i-ukraincy-bratja-vragi-ili-prosto-sosedi
- Lewada Zentrum (2022): 2022: Potential für Krisen, durchgeführt vom 16.12. – 22.12.2021 unter 1.640 Befragten, in Englisch https://www.levada.ru/en/2022/01/27/2022-potential-for-crisis-events/
- Lewada Zentrum (2021): Eskalation im Donbas, durchgeführt vom 25.11. – 01.12.2021 unter 1.603 Befragten, in Russisch https://www.levada.ru/2021/12/14/obostrenie-v-donbasse/
- Lewada Zentrum (2021): Das Jahr 2021: Fazit, durchgeführt vom 16.12. – 22.12.2021 unter 1.640 Befragten, in Russisch https://www.levada.ru/2021/12/29/2021-god-itogi/
- Lewada Zentrum (2022): Ängste, durchgeführt vom 16.12. – 22.12.2021 unter 1.640 Befragten, in Englisch https://www.levada.ru/en/2022/01/14/fears-5/
- Lewada Zentrum (2021): Russisch-ukrainische Beziehungen, durchgeführt vom 25.11. – 01.12.2021 unter 1.603 Befragten in Russland und 2.003 Befragten in der Ukraine, in Russisch https://www.levada.ru/2021/12/17/rossijsko-ukrainskie-otnosheniya-10/

Ukraine

- Kiev International Institute of Sociology (KIIS) (2022): Sozio-politische Stimmung der ukrainischen Bevölkerung: Wahrnehmung der Gefahr eines militärischen Einmarsches Russlands und der Fall Petro Poroschenko, durchgeführt vom 20.01. – 21.01.2022 unter 1.205 Befragten, in Englisch https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1091&page=1
- Kiev International Institute of Sociology (KIIS) (2021/2022): Werden die Ukrainer sich einem russischen Einmarsch widersetzen?, durchgeführt vom 03.12. – 11.12.2021 und 05.02. – 13.02.2022 unter 2.000 Befragten, in Englisch https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1079&page=1, https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1099&page=1
- Kiev International Institute of Sociology (KIIS) (2021): Einstellung zum EU- und NATO-Beitritt, Einstellung zu direkten Gesprächen mit Wladimir Putin und die Wahrnehmung militärischer Bedrohung durch Russland, durchgeführt vom 13.12. – 16.12.2021 unter 1.203 Befragten, in Englisch https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1083&page=1
- Rasumkow Zentrum (2022): Einschätzung von Ukrainern zur Gefahr russischer Aggression, durchgeführt vom 28.01. – 31.01.2022 unter 1.206 Befragten, in Ukrainisch https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-gromadianamy-ukrainy-zagrozy-agresii-z-boku-rosii-cichen-2022r
- Rasumkow Zentrum (2021): Die öffentliche Unterstützung des euroatlantischen Kurses der Ukraine: Einschätzungen und Empfehlungen, durchgeführt vom 23.04. – 28.04.2021 unter 2.021 Befragten, in Ukrainisch https://razumkov.org.ua/uploads/article/2021-nato-ukr.pdf
- Democratic Initiatives Foundation, Rasumkow Zentrum (2021): Krieg im Donbas und russische Aggression, durchgeführt vom 14.05. – 19.05.2021 unter 2.020 Befragten, in Englisch https://dif.org.ua/article/War%20in%20Donbas%20and%20Russian%20Aggresssion.%20How%20Ukrainian%20Public%20Opinion%20Has%20Changed%20After%20Two%20Years%20of%20Zelenskyi%27s%20Presidency.%20Key%20points%20and%20observations
- Democratic Initiatives Foundation, Rasumkow Zentrum (2022): Gefahr einer neuen Invasion: Die öffentliche Meinung zum Konflikt, möglichen Kompromissen und Russlands Gegenmaßnahmen, durchgeführt vom 17.12. – 22.12.2021 unter 2.018 Befragten, in Ukrainisch https://dif.org.ua/article/zagroza-novogo-vtorgnennya-gromadska-dumka-pro-konflikt-mozhlivi-kompromisi-ta-protidiyu-rosii

- New Europe Center (2021): Diplomatie 2022 – Erwartungen der ukrainischen Gesellschaft in der Außenpolitik, durchgeführt vom 08.11. – 29.11.2021 unter 1.007 Befragten durch Info Sapience LLC, in Englisch http://neweurope.org.ua/wp-content/uploads/2021/12/Diplomatia2022_eng_web.pdf
- Sociological Group «Rating» (Rating Group Ukraine) (2022): Dynamiken der außenpolitischen Orientierung (16. – 17. Februar 2022), durchgeführt vom 16.02. – 17.02.2022 unter 1.722 Befragten, in Russisch und Ukrainisch https://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/dinamika_vneshnepoliticheskih_orientaciy_16-17_fevralya_2022.html

Polen

- Rzeczpospolita (2022): Ein Drittel der Polen erwartet einen Krieg zwischen Russland und der Ukraine, durchgeführt vom 25.01. – 26.01.2022 unter 800 Befragten durch SW Research, in Polnisch https://www.rp.pl/spoleczenstwo/art33637621-sondaz-jedna-trzecia-polakow-spodziewa-sie-wybuchu-wojny-rosji-z-ukraina)
- Dziennik Gazeta Prawna (2022): Polen sollte der Ukraine im Falle eines russischen Angriffs helfen, durchgeführt am 22.01.2022 unter 1.000 Befragten durch United Surveys, in Polnisch https://www.gazetaprawna.pl/wiadomosci/swiat/artykuly/8341193,atak-rosji-na-ukraine-reakcja-polski-sondaz.html
- wPolityce.pl (2022): Wird Russland die Ukraine angreifen? Wenn ja, welches Ausmaß wird der Angriff haben?, durchgeführt vom 04.02. – 07.02.2022 unter 1.078 Befragten durch Social Changes, in Polnisch https://wpolityce.pl/polityka/585464-nasz-sondaz-czy-rosja-zaatakuje-ukraine

Deutschland

- RTL Group S.A. (2022): Mehrheit unzufrieden mit deutscher Ukraine Politik, durchgeführt vom 28.01. – 31.01.2022, unter 1.001 Befragten durch Forsa, in Deutsch https://www.n-tv.de/politik/Mehrheit-ist-unzufrieden-mit-deutscher-Ukraine-Politik-article23097487.html
- Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF) (2022): Politbarometer Januar II 2022: Befürchtung eines russischen Einmarschs in die Ukraine, Waffenlieferungen an die Ukraine und Gasversorgung durch Russland, durchgeführt vom 25.01. – 27.01.2022 unter 1.249 Befragten durch Forschungsgruppe Wahlen, in Deutsch https://presseportal.zdf.de/pressemitteilung/mitteilung/zdf-politbarometer-januar-ii-2022/
- Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) (2022): DeutschlandTREND Februar 2022 zu: Waffenlieferungen von Deutschland in die Ukraine, Außenpolitische Bedrohungslage, Maßnahmen im Ukraine-Konflikt, Festhalten an NordStream 2 und Engpässe bei der Gasversorgung, durchgeführt vom 31.01. – 02.02.2022 unter 1.339 Befragten durch Infratest Dimap, in Deutsch https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-2897.html

Europa/Nordamerika

- European Council on Foreign Relations (ECFR) (2022): Die Krise der europäischen Sicherheit: Was Europäer über den Krieg in der Ukraine denken, durchgeführt vom 21.01. – 30.01.2022 unter 5.529 Befragten (Finnland: 500; Frankreich: 1.000; Deutschland: 1.000; Italien 1.014; Polen: 1.015; Rumänien: 500) durch Datapraxis, AnalitiQs, Dynata, in English https://ecfr.eu/publication/the-crisis-of-european-security-what-europeans-think-about-the-war-in-ukraine/#top
- YouGov (2022): EuroTrack: Russischer Einmarsch als wahrscheinlich angenommen, aber wenige Menschen wollen, dass ihr Land die Ukraine verteidigt, durchgeführt vom 12.01. – 26.01.2022 unter 9.065 Befragten (USA: 1.695, Frankreich: 1.206, Deutschland: 2.065, Dänemark: 1.025, Schweden: 1.006, Spanien: 1.053, Italien: 1.015), in English https://yougov.co.uk/topics/politics/articles-reports/2022/01/31/eurotrack-russian-invasion-ukraine-seen-likely-few
- Yalta European Strategy (YES) (2022): Wie der Westen die Ukraine wahrnimmt und was der Westen von der Ukraine erwartet, durchgeführt im Dezember 2021 unter 4.710 Befragten (600 je Erwachsene aus der Gesamtbevölkerung und je 185 Experten und Fachpersonen aus USA, Vereinigtes Königreich, Kanada, Frankreich, Deutschland, Polen), in Englisch https://yes-ukraine.org/en/projects/opituvannya-yak-zahid-spriymaye-ukrayinu

USA

- Pew Research Center (2022): Sowohl Republikaner als auch Demokraten sehen in Russland eher einen Wettbewerber als einen Feind der USA, durchgeführt vom 10.01. – 17.01.2022 unter 5.128 Befragten, in Englisch https://www.pewresearch.org/fact-tank/2022/01/26/republicans-and-democrats-alike-view-russia-more-as-a-competitor-than-an-enemy-of-the-u-s/
- Teaching, Research, and International Policy (TRIP) Project Global Research Institute (GRI) (2022): Wird Russland die Ukraine angreifen?, durchgeführt vom 16.12.2021 – 27.12.2022 unter 685 Befragten (Umfrage unter

Wissenschaftlern der Internationalen Beziehungen in den USA), in Englisch https://trip.wm.edu/data/our-surveys/snap-polls/TRIP-SP16-Russia-Ukraine.pdf

- Charles Koch Institute (2021): Amerikaner wollen Fokus auf nationale Probleme, skeptisch gegenüber Krieg in der Ukraine, durchgeführt vom 09.12. – 13.12.2021 unter 1.000 Befragten durch YouGov, in Englisch https://charleskochinstitute.org/app/uploads/2021/12/Polling-results.pdf
- YouGov America (2022): Fast die Hälfte aller US-Amerikaner erwartet einen russischen Einmarsch in der Ukraine, durchgeführt am 24.02.2022 unter 4.428 Befragten, in Englisch https://today.yougov.com/topics/politics/articles-reports/2022/01/24/nearly-half-americans-expect-russia-invade-ukraine
- YouGov America für The Economist (2021): Die meisten US-Amerikaner mit einer Meinung zur Ukraine und Taiwan befürworten eine Unterstützung – auch militärisch, durchgeführt vom 12.12. – 14.12.2021 unter 1.500 Befragten, in Englisch https://today.yougov.com/topics/international/articles-reports/2021/12/21/americans-opinions-ukraine-and-russia
- Data for progress (2022): Wähler unterstützen den Abschluss eines Abkommens durch Biden, um Krieg zu verhindern, durchgeführt vom 21.01. – 24.01.2022 unter 1.214 Befragten, in Englisch https://www.filesforprogress.org/datasets/2022/1/dfp_ukraine_jan.pdf
- Morning Consult/Politico (2022): National Tracking Poll 2202029 zu US-Beziehungen mit diversen Staaten und dem Verhalten politischer Akteure im Ukraine-Konflikt, durchgeführt vom 05.02. – 06.02.2022 unter 2.005 Befragten, in Englisch https://www.politico.com/f/?id=0000017e-d538-ddf9-a9fe-df3a5b240000&nname=playbook-pm&nid=0000015a-dd3e-d536-a37b-dd7fd8af0000&nrid=0000014e-f115-dd93-ad7f-f91513e500-01&nlid=964328

Zusammengestellt von Olivia Faust am 17.02.2022

Tabelle 1: Welche Maßnahmen wären Ukrainer bereit im Falle einer bewaffneten Intervention seitens Russland an ihrem Wohnort zu ergreifen (in %, mehr als eine Antwortnennung möglich)

	Ukraine gesamt		Westen*		Zentrum*		Süden*		Osten*	
	Dez. 2021	Feb. 2022	Dez. 2021	Feb. 2022	Dez. 2021	Feb. 2022	Dez. 2021	Feb. 2022	Dez. 2021	Feb. 2022
werde Widerstand leisten (eine oder beide der unten stehenden Optionen wählen):	***50,2***	***57,5***	***60,5***	***72,2***	***52,2***	***62,9***	***43***	***48,4***	***37,2***	***30,5***
bewaffneten Widerstand leisten	*33,3*	*37,3*	*39,7*	*44,8*	*33,7*	*42,2*	*29,7*	*32,6*	*25,6*	*17,8*
Widerstand leisten durch die Teilnahme an zivilen Maßnahmen wie Demonstrationen, Märsche, Boykotte, Streiks, ziviler Ungehorsam	*21,7*	*25*	*28,6*	*31,2*	*22,5*	*26,9*	*15,8*	*20,2*	*16,8*	*16,1*
in eine sicherere Region in der Ukraine ziehen	14,8	12,4	8,8	5,7	14	12,1	16,7	15,8	25,6	20,2
ins Ausland gehen	9,3	7,5	9,6	6,9	8,7	6	10,1	7,4	9,1	12,6
gar nichts	18,6	17,9	14,4	11,6	17,8	14,8	22,1	21	22,7	32,8
weiß nicht	12,1	7,6	10,9	6,6	13,7	7	12,1	9,4	10,7	7,9
Antwort verweigert	1,1	1,2	0,8	0,5	0,7	0,8	1,7	2,3	2,2	1,9

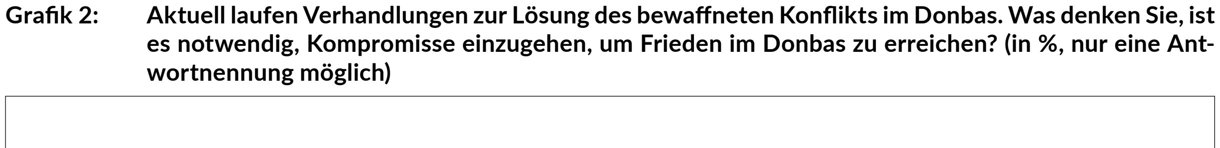
** Auf der nächsten Seite finden Sie eine Karte der Makroregionen der Ukraine, wie sie für diese Umfrage definiert wurden.*

Quelle: Kiev International Institute of Sociology (KIIS) (2021/2022): Werden die Ukrainer sich einem russischen Einmarsch widersetzen?, durchgeführt vom 03.12. – 11.12.2021 und 05.02. – 13.02.2022 unter 2.000 Befragten, https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1079&page=1, https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1099&page=1

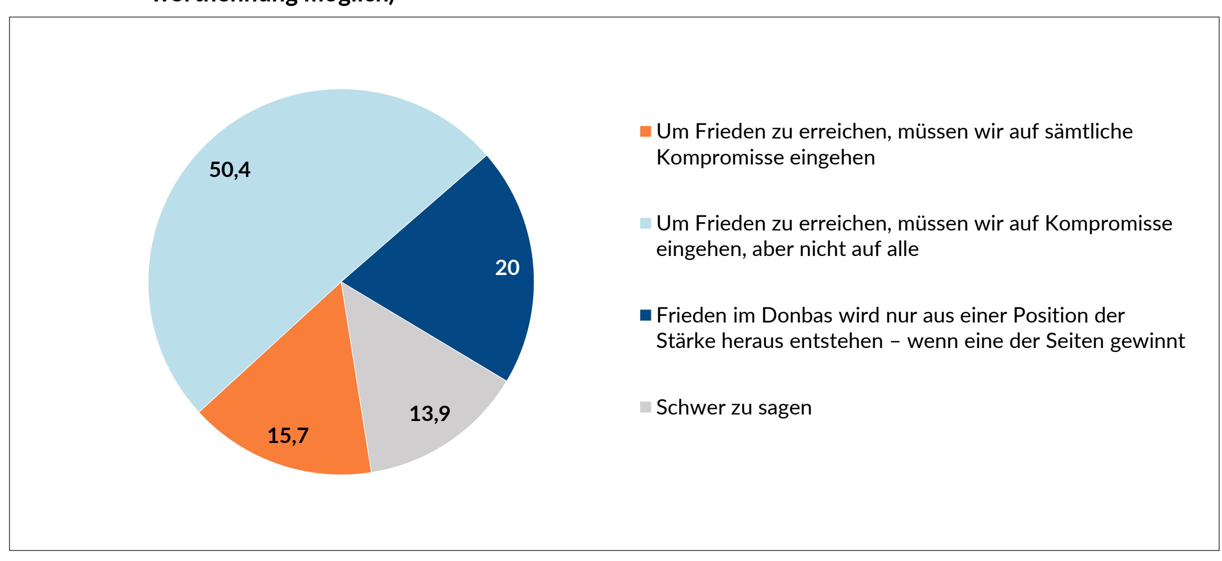
Grafik 1: Karte der Makroregionen der Ukraine zur Tabelle 1 auf S. 20



Quelle: Kiev International Institute of Sociology (KIIS) (2021/2022): Werden die Ukrainer sich einem russischen Einmarsch widersetzen?, https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id= 1079&page=1, https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1099&page=1; *Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von* https://www.openstreetmap.org.

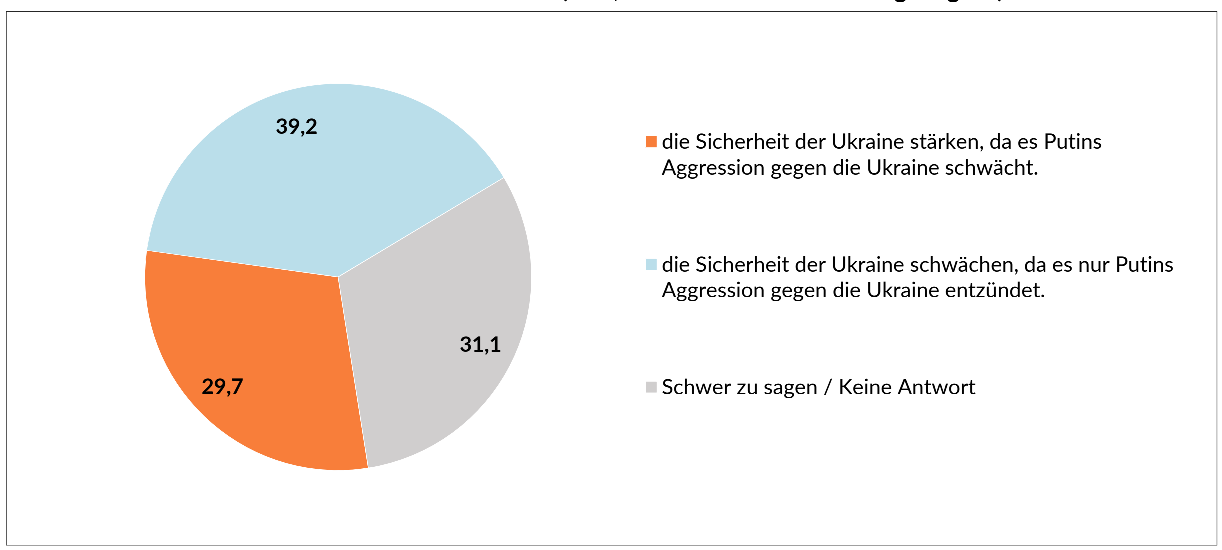


Grafik 2: Aktuell laufen Verhandlungen zur Lösung des bewaffneten Konflikts im Donbas. Was denken Sie, ist es notwendig, Kompromisse einzugehen, um Frieden im Donbas zu erreichen? (in %, nur eine Antwortnennung möglich)



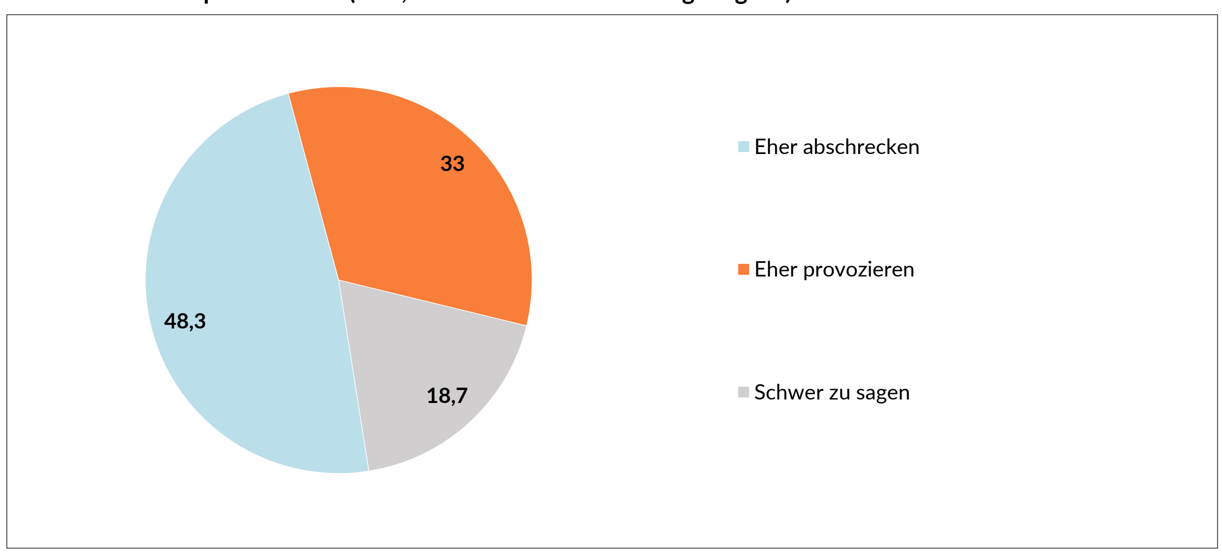
Quelle: Repräsentative Umfrage der Stiftung Demokratische Initiativen (DIF), durchgeführt vom 17.–22.01.2022, https://dif.org.ua/article/zagroza-novogo-vtorgnennya-gromadska-dumka-pro-konflikt-mozhlivi-kompromisi-ta-protidiyu-rosii.

Grafik 3: Russlands Präsident Wladimir Putin fordert, dass der Westen sich verpflichtet, die Nato nicht nach Osten zu erweitern, was der Ukraine die Aussicht auf einer Nato-Mitgliedschaft abspricht. Ihrer Ansicht nach wird solch ein Schritt …? (in %, nur eine Antwortnennung möglich)



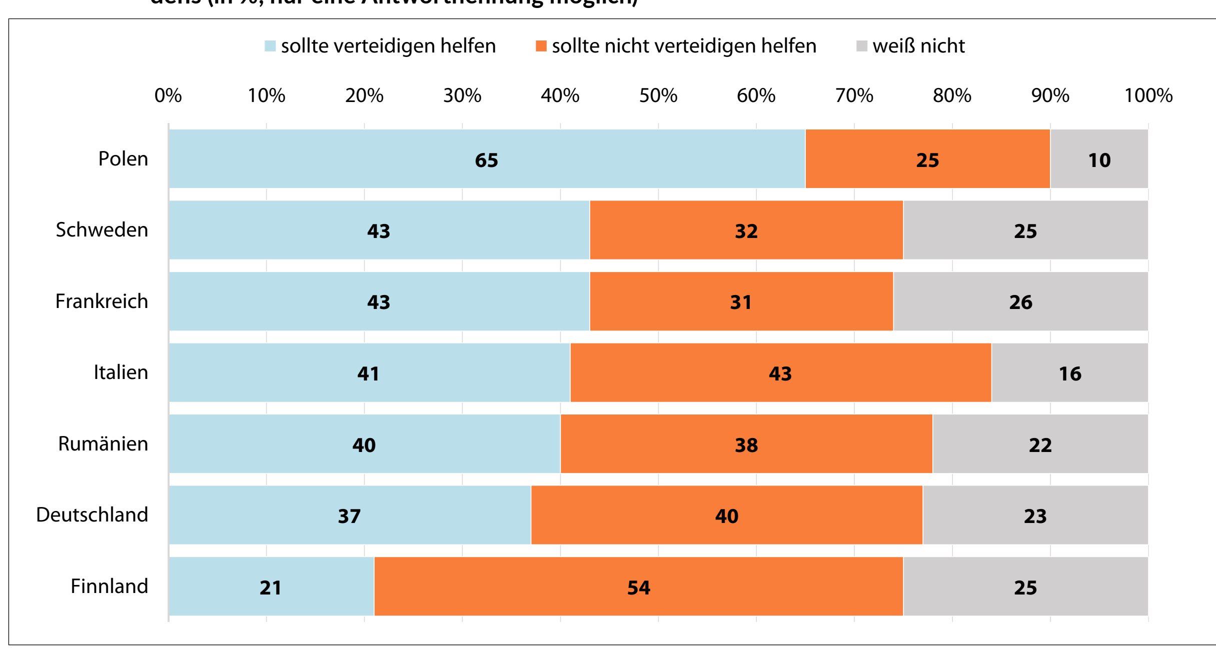
Quelle: Kiev International Institute of Sociology (KIIS) (2021): Einstellung zum EU- und NATO-Beitritt, Einstellung zu direkten Gesprächen mit Wladimir Putin und die Wahrnehmung militärischer Bedrohung durch Russland, durchgeführt vom 13.12. – 16.12.2021 unter 1.203 Befragten, https://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=1083&page=1.

Grafik 4: Was denken Sie, würden Waffenlieferung an die Ukraine sowie die Durchführung gemeinsamer Militärübungen mit/aus den USA, der EU und der NATO eine russische Aggression eher abschrecken oder provozieren? (in %, nur eine Antwortnennung möglich)



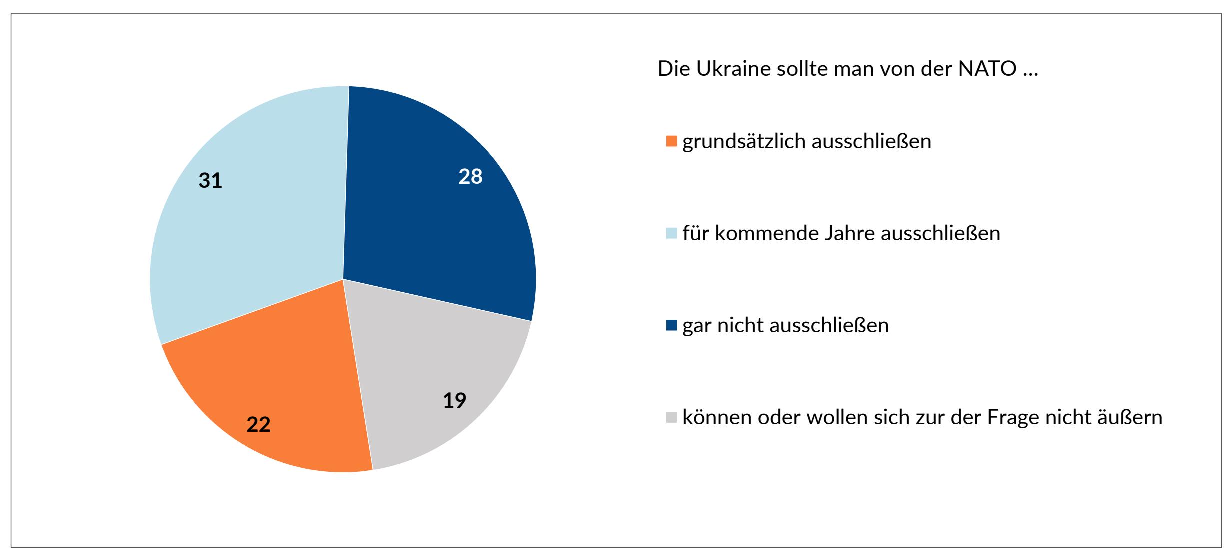
Quelle: Repräsentative Umfrage der Stiftung Demokratische Initiativen (DIF), durchgeführt vom 17.–22.01.2022, https://dif.org.ua/article/zagroza-novogo-vtorgnennya-gromadska-dumka-pro-konflikt-mozhlivi-kompromisi-ta-protidiyu-rosii.

Grafik 5: Wenn Russland in die Ukraine einmarschiert, sollte mein Land der Ukraine helfen, sich zu verteidigen? – Bevölkerung Deutschlands, Finnlands, Frankreichs, Italiens, Polens, Rumäniens und Schwedens (in %, nur eine Antwortnennung möglich)



Quelle: European Council on Foreign Relations (ECFR) (2022): Die Krise der europäischen Sicherheit: Was Europäer über den Krieg in der Ukraine denken, durchgeführt vom 21.01. – 30.01.2022 durch Datapraxis, AnalitiQs, Dynata, https://ecfr.eu/publication/the-crisis of-european-security-what-europeans-think-about-the-war-in-ukraine/#top

Grafik 6: Die Einstellung der Bevölkerung Deutschlands zu der Frage einer möglichen Aufnahme der Ukraine in die NATO (in %, nur eine Antwortnennung möglich)
Die Ukraine sollte man von der NATO …

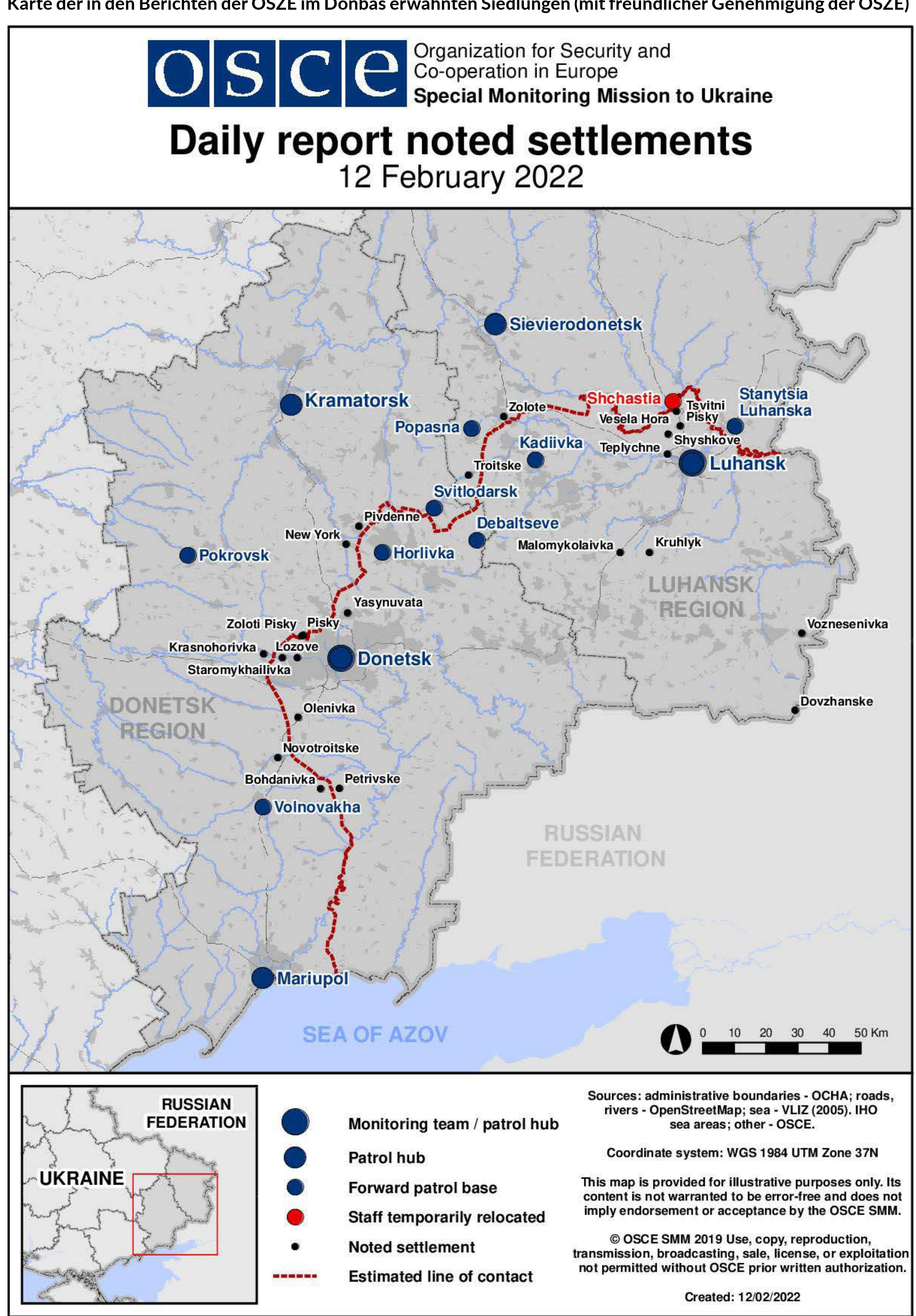


Quelle: ARD-Deutschlandtrend-Umfrage über die Aufnahme der Ukraine in die NATO, durchgeführt 15.–16.02.2022, https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-2913.html

DOKUMENTATION

Karte der in den Berichten der OSZE im Donbas erwähnten Siedlungen

Karte der in den Berichten der OSZE im Donbas erwähnten Siedlungen (mit freundlicher Genehmigung der OSZE)



Rede des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj auf der 58. Münchener Sicherheitskonferenz, 19.02.2022, München

Vorwort der Redaktion:
Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hielt auf der 58. Münchener Sicherheitskonferenz, bei der die Ukraine und der russische militärische Aufmarsch an den Grenzen zur Ukraine im Mittelpunkt standen, eine bemerkenswerte Rede, die selbst bei vielen seiner Kritiker:innen in der Ukraine auf Wohlwollen stieß. Wir drucken die englische Übersetzung dieser Rede im Wortlaut ab.

Ukraine wants peace. Europe wants peace. The world says it doesn't want to fight, and Russia says it doesn't want to attack. Someone is lying. This is not an axiom, but it is no longer a hypothesis.

Ladies and Gentlemen!
Two days ago I was in Donbas, on the delimitation line. Legally—between Ukraine and the temporarily occupied territories. In fact, the delimitation line between peace and war. Where on the one side there is a kindergarten, and on the other side there is a projectile that hit it. On the one side there is a school, on the other side there is a projectile hitting the school yard.

And next to it there are 30 children who go… no, not to NATO, but to school. Someone has physics classes. Knowing its basic laws, even children understand how absurd the statements that the shelling is carried out by Ukraine sound.

Someone has math classes. Children can calculate the difference between the number of shelling occasions in these three days and the occasions of mentioning Ukraine in this year's Munich Security Report without a calculator.

And someone has history classes. And when a bomb crater appears in the school yard, children have a question: has the world forgotten its mistakes of the XX century?

What do attempts at appeasement lead to? As the question "Why die for Danzig?" turned into the need to die for Dunkirk and dozens of other cities in Europe and the world. At the cost of tens of millions of lives.

These are terrible lessons of history. I just want to make sure you and I read the same books. Hence, we have the same understanding of the answer to the main question: how did it happen that in the XXI century, Europe is at war again and people are dying? Why does it last longer than World War II? How did we get to the biggest security crisis since the Cold War? For me, as the President of a country that has lost part of the territory, thousands of people and on whose borders there are now 150,000 Russian troops, equipment and heavy weapons, the answer is obvious.

The architecture of world security is fragile and needs to be updated. The rules that the world agreed on decades ago no longer work. They do not keep up with new threats. They are not effective for overcoming them. This is a cough syrup when you need a coronavirus vaccine. The security system is slow. It crashes again. Because of different things: selfishness, self-confidence, irresponsibility of states at the global level. As a result, we have crimes of some and indifference of others. Indifference that makes you an accomplice. It is symbolic that I am talking about this right here. It was here 15 years ago that Russia announced its intention to challenge global security. What did the world say? Appeasement. Result? At least—the annexation of Crimea and aggression against my state.

The UN, which is supposed to defend peace and world security, cannot defend itself. When its Charter is violated. When one of the members of the UN Security Council annexes the territory of one of the founding members of the UN. And the UN itself ignores the Crimea Platform, the goal of which is to de-occupy Crimea peacefully and protect the rights of Crimeans.

Three years ago, it was here that Angela Merkel said: "Who will pick up the wreckage of the world order? Only all of us, together." The audience gave a standing ovation. But, unfortunately, the collective applause did not grow into collective action. And now, when the world is talking about the threat of a great war, the question arises: is there anything left to pick up? The security architecture in Europe and the world is almost destroyed. It's too late to think about repairs, it's time to build a new system. Mankind has done this twice, paying too high a price—two world wars. We have a chance to break this trend until it becomes a consistent pattern. And start building a new system before millions of victims. Having the old lessons of the First and Second World Wars, not our own experience of the possible third, God forbid.

I talked about it here. And on the rostrum of the UN. That in the XXI century there are no more foreign wars. That the annexation of Crimea and the war in Donbas affects the whole world. And this is not a war in Ukraine, but a war in Europe. I said this at summits and forums. In 2019, 2020, 2021. Will the world be able to hear me in 2022?

This is no longer a hypothesis, but not an axiom yet. Why? Evidence is needed. More important than words on Twitter or statements in the media. Action is required. It is the world that needs it, not just us.

We will defend our land with or without the support of partners. Whether they give us hundreds of modern weapons or five thousand helmets. We appreciate any help, but everyone should understand that these are not charitable contributions that Ukraine should ask for or remind of.

These are not noble gestures for which Ukraine should bow low. This is your contribution to the security of Europe and the world. Where Ukraine has been a reliable shield for eight years. And for eight years it has been rebuffing one of the world's biggest armies. Which stands along our borders, not the borders of the EU.

And Grad rockets hit Mariupol, not European cities. And after almost six months of fighting, the airport in Donetsk was destroyed, not in Frankfurt. And it's always hot in the Avdiivka industrial zone—it was hot there in the last days, not in Montmartre. And no European country knows what military burials every day in all regions are. And no European leader knows what regular meetings with the families of the deceased are.

Be that as it may, we will defend our beautiful land no matter if we have 50,000, 150 or one million soldiers of any army on the border. To really help Ukraine, it is not necessary to say how many servicemen and military equipment are on the border. Say what numbers we have.

To really help Ukraine, it is not necessary to constantly talk only about the dates of the probable invasion. We will defend our land on February 16, March 1 and December 31. We need other dates much more. And everyone understands perfectly well which ones.

Tomorrow in Ukraine is the Day of the Heroes of the Heavenly Hundred. Eight years ago, Ukrainians made their choice, and many gave their lives for that choice. Eight years later, should Ukraine constantly call for recognition of the European perspective? Since 2014, Russia has been convincing that we have chosen the wrong path, that no one is waiting for us in Europe. Shouldn't Europe constantly say and prove by action that this is not true? Shouldn't the EU say today that its citizens are positive about Ukraine's accession to the Union? Why do we avoid this question? Doesn't Ukraine deserve direct and honest answers?

This also applies to NATO. We are told: the door is open. But so far authorized access only. If not all members of the Alliance want to see us or all members of the Alliance do not want to see us, be honest. Open doors are good, but we need open answers, not open questions for years. Isn't the right to the truth one of our enhanced opportunities? The best time for it is the next summit in Madrid.

Russia says Ukraine seeks to join the Alliance to return Crimea by force. It is gratifying that the words "return Crimea" appear in their rhetoric. But they inattentively read Article 5 of the NATO Charter: collective action is for protection, not offensive. Crimea and the occupied regions of Donbas will certainly return to Ukraine, but only peacefully.

Ukraine consistently implements the Normandy agreements and the Minsk agreements. Their foundation is the unquestionable recognition of the territorial integrity and independence of our state. We seek a diplomatic settlement of the armed conflict. Note: solely on the basis of international law.

So what is really going on in the peace process? Two years ago, we agreed with the Presidents of France, the Russian Federation, the Chancellor of Germany on a full-scale ceasefire. And Ukraine is scrupulously adhering to these agreements. We are as restrained as possible against the background of constant provocations. We are constantly making proposals in the framework of the Normandy Four and the Trilateral Contact Group. And what do we see? Shells and bullets from the other side. Our soldiers and civilians are being killed and wounded, and civilian infrastructure is being destroyed.

The last days have become especially illustrative. Hundreds of massive shelling occasions with weapons prohibited by the Minsk agreements. It is also important to stop restricting the admission of OSCE observers to Ukraine's TOT. They are threatened. They are intimidated. All humanitarian issues are blocked.

Two years ago, I signed a law on the unconditional admission of representatives of humanitarian organizations to detainees. But they are simply not admitted to the temporarily occupied territories. After two exchanges of captives, the process was blocked, although Ukraine provided agreed lists. Inhuman torture at the infamous Isolation Prison in Donetsk has become a symbol of human rights abuses.

The two new checkpoints we opened in November 2020 in the Luhansk region still do not function—and here we see outright obstruction under contrived pretexts.

Ukraine is doing everything possible to reach progress in discussions and political issues. In the TCG, in the Minsk process, we've put forward proposals—draft laws, but everything is blocked—no one talks about them. Ukraine demands to unblock the negotiation process immediately. But this does not mean that the search for peace is limited to it alone.

We are ready to look for the key to the end of the war in all possible formats and platforms: Paris, Berlin, Minsk. Istanbul, Geneva, Brussels, New York, Beijing—I don't care where in the world to negotiate peace in Ukraine.

It does not matter if four countries, seven or a hundred participate, the main thing is that Ukraine and Russia are among them. What is really important is the understanding that peace is needed not only by us, the world needs peace in Ukraine. Peace and restoration of territorial integrity within internationally recognized borders. This is the only way. And I hope no one thinks of Ukraine as a convenient and eternal buffer zone between the West and Russia. This will never happen. Nobody will allow that.

Otherwise—who's next? Will NATO countries have to defend each other? I want to believe that the North Atlantic Treaty and Article 5 will be more effective than the Budapest Memorandum.

Ukraine has received security guarantees for abandoning the world's third nuclear capability. We don't have that weapon. We also have no security. We also do not have part of the territory of our state that is larger in area than Switzerland, the Netherlands or Belgium. And most importantly—we don't have millions of our citizens. We don't have all this.

Therefore, we have something. The right to demand a shift from a policy of appeasement to ensuring security and peace guarantees.

Since 2014, Ukraine has tried three times to convene consultations with the guarantor states of the Budapest Memorandum. Three times without success. Today Ukraine will do it for the fourth time. I, as President, will do this for the first time. But both Ukraine and I are doing this for the last time. I am initiating consultations in the framework of the Budapest Memorandum. The Minister of Foreign Affairs was commissioned to convene them. If they do not happen again or their results do not guarantee security for our country, Ukraine will have every right to believe that the Budapest Memorandum is not working and all the package decisions of 1994 are in doubt.

I also propose to convene a summit of permanent members of the UN Security Council in the coming weeks with the participation of Ukraine, Germany and Turkey in order to address security challenges in Europe. And elaborate new, effective security guarantees for Ukraine. Guarantees today, as long as we are not a member of the Alliance and in fact are in the gray zone—in a security vacuum.

What else can we do now? Continue to effectively support Ukraine and its defense capabilities. Provide Ukraine with a clear European perspective, the tools of support available to candidate countries, and clear and comprehensive timeframes for joining the Alliance.

Support the transformation in our country. Establish a Stability and Reconstruction Fund for Ukraine, a land-lease program, the supply of the latest weapons, machinery and equipment for our army—an army that protects the whole of Europe.

Develop an effective package of preventive sanctions to deter aggression. Guarantee Ukraine's energy security, ensure its integration into the EU energy market when Nord Stream 2 is used as a weapon.

All these questions need answers.

So far we have silence instead of them. And as long as there is silence, there will be no silence in the east of our state. That is—in Europe. That is—in the whole world. I hope the whole world finally understands this, Europe understands.

Ladies and Gentlemen!

I thank all the states that supported Ukraine today.

In words, in declarations, in concrete help. Those who are on our side today. On the side of truth and international law. I'm not calling you by name—I don't want some other countries to be ashamed. But this is their business, this is their karma. And this is on their conscience. However, I do not know how they will be able to explain their actions to the two soldiers killed and three wounded in Ukraine today.

And most importantly—to three girls from Kyiv. One is ten years old, the second is six, and the third is only one. Today they were left without a father. At 6 o'clock in the morning Central European Time. When the Ukrainian intelligence officer, Captain Anton Sydorov was killed as a result of artillery fire prohibited by the Minsk agreements. I don't know what he thought at the last moment of his life. He definitely didn't know what agenda someone needs to meet to end the war.

But he knows exactly the answer to the question I asked at the beginning. He knows exactly who of us is lying.

May his memory live forever. May the memory of all those who died today and during the war in the east of our state live forever.

Quelle: Offizielle Website des Präsidenten der Ukraine, 19.02.2022, https://www.president.gov.ua/en/news/vistup-prezidenta-ukrayini-na-58-j-myunhenskij-konferenciyi-72997.

CHRONIK

08. – 17. Februar 2022

08.02.2022	Der ukrainische Verteidigungsminister Oleksij Resnikow teilt mit, dass Russland inzwischen um die 140.000 Soldaten in der Nähe der Ukraine stationiert habe. Das betrifft nicht nur die russisch-ukrainische Grenzregion, sondern auch die ukrainisch-belarussische Grenzregion, die selbsternannten »Volksrepubliken« im Donbas und die Gewässer südlich der Ukraine.
08.02.2022	Nach seinem Moskau-Besuch reist der französische Präsident Emmanuel Macron erstmals in die Ukraine, wo er seinen ukrainischen Amtskollegen Wolodymyr Selenskyj trifft. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz erklärt Macron, die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen seien der einzige Weg, einen drohenden Krieg zwischen Russland und der Ukraine zu verhindern. Außerdem kündigt er Makrofinanzhilfen für die Ukraine im Umfang von 1,4 Mrd. US-Dollar an.
08.02.2022	Die polnische Regierung wird im Falle eines Krieges bis zu einer Million ukrainische Flüchtlinge aufnehmen und ihnen Asyl gewähren, teilt der stellvertretende polnische Innenminister Maciej Wąsik mit.
08.02.2022	Um Impfanreize für die ältere Bevölkerung zu schaffen, teilt Präsident Wolodymyr Selenskyj mit, dass alle Personen über 60, die sich gegen Covid-19 impfen lassen, vom Staat ein kostenloses Smartphone und einen ermäßigten Mobilfunktarif erhalten. In der Ukraine sind erst 47 Prozent der erwachsenen Bevölkerung gegen das Coronavirus geimpft. Die Maßnahme dient gleichzeitig dem Ziel der Regierung, den Internetzugang für alle Bürger:innen sicherzustellen.
09.02.2022	Laut Premierminister Denys Schmyhal hat die Ukraine seit dem militärischen Aufmarsch Russlands an den Grenzen zur Ukraine militärische Hilfen im Umfang von 1,5 Mrd. US-Dollar erhalten. In den kommenden Wochen erwarte die Ukraine weitere Militärhilfen von seinen internationalen Partnern, so Schmyhal.
09.02.2022	In einer Umfrage, die in mehreren europäischen Ländern durchgeführt wurde, gehen in fast allen Staaten mehr als 50 Prozent der Bürger:innen davon aus, dass Russland die Ukraine militärisch angreifen werde. Mehr als 62 bzw. 60 Prozent sind der Auffassung, dass die NATO und die EU der Ukraine in diesem Fall militärisch helfen sollten. 43 Prozent sind der Ansicht, ihr eigenes Land solle der Ukraine zur Hilfe kommen.
09.02.2022	Josep Borell, oberster Chefdiplomat der EU, ruft Russland zur Deeskalation auf. Russland solle seine in Russland und Belarus stationierten Truppen an der Grenze zur Ukraine abziehen und den diplomatischen Dialog fortsetzen, so Borell.
09.02.2022	Das ukrainische Wirtschaftsministerium teilt mit, dass das Bruttoinlandsprodukt 2021 trotz der negativen Pandemieauswirkungen und der militärischen Bedrohung durch Russland um 3,2 Prozent auf fast 200 Mrd. US-Dollar gestiegen sei und damit einen neuen Rekord erreicht habe.
09.02.2022	Laut dem Statistikamt der Ukraine betrug die Inflation im Januar 2022 wie im Vorjahr 10 Prozent, wobei sich insbesondere die Preise für Gemüse (+20 Prozent) stark verteuert hätten.
10.02.2022	Russland und Belarus beginnen ein vom 10. – 20. Februar geplantes gemeinsames Militärmanöver, das auch in Grenznähe zur Ukraine stattfindet. Parallel dazu finden in der Ukraine ebenfalls Militärübungen statt, bei denen unter anderem die kürzlich von Großbritannien gelieferten Panzerabwehrraketen getestet werden.
11.02.2022	Das Weiße Haus in Washington teilt mit, dass Russland die Ukraine weiterhin »jederzeit« angreifen könne. Zwar sei weiterhin unklar, ob der russische Präsident Wladimir Putin eine Entscheidung über einen Angriff bereits getroffen habe, militärisch habe Russland jedoch alle notwendigen Voraussetzungen für einen kurzfristigen Angriff geschaffen.
11.02.2022	Unter Berufung auf neue Satellitenaufnahmen berichtet Reuters, dass Russland seine Militärpräsenz an den Grenzen zur Ukraine auf der Krim, in Westrussland und in Belarus weiter verstärkt habe.
11.02.2022	Ein Treffen der Trilateralen Kontaktgruppe in Berlin bringt keine Ergebnisse im Friedensprozess. Nach neun Stunden »schwieriger« Gespräche teilt der ukrainische Gesandte, der Stabschef des ukrainischen Präsidenten, Andrij Jermak, mit, dass sich die Konfliktparteien nicht einmal auf eine gemeinsame Erklärung einigen konnten.
12.02.2022	Deutschland ruft seine Staatsbürger:innen dazu auf, die Ukraine zu verlassen. Zuvor hatten bereits die USA, Großbritannien, Israel und weitere Staaten ihre Bürger:innen dazu aufgefordert, die Ukraine angesichts der akuten militärischen Bedrohung durch Russland zu verlassen.
12.02.2022	Laut einem Bericht der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (OSZE SMM) hinderten bewaffnete Kämpfer der »Volksrepublik Luhansk« Mitarbeiter der OSZE SMM an der Bewegungsfreiheit und drohten ihnen mit Verhaftung.
12.02.2022	In Kyjiw gehen tausende Ukrainer:innen auf die Straße und demonstrieren mit einem »Einheitsmarsch« die Geschlossenheit des Landes.

13.02.2022	Präsident Wolodymyr Selenskyj telefoniert mit US-Präsident Joe Biden, der versichert, dass die USA und ihre Partner schnell und entschlossen auf eine militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine reagieren würden.
13.02.2022	Kanada und Australien kündigen an, ihre Botschaften angesichts eines drohenden russischen Militärschlags von Kyjiw in das westukrainische Lwiw zu verlegen. Die USA ziehen bis auf ein kleines Kernteam das Personal ihrer Botschaft in Kyjiw ebenfalls ab.
13.02.2022	Die »Welt am Sonntag« berichtet, dass deutsche Firmen im Jahr 2020 trotz strenger EU-Sanktionen sog. Dual-Use-Güter im Wert von 366 Mio. Euro an Russland geliefert haben sollen. Die Lieferung von Dual-Use-Gütern ist umstritten, weil diese auch militärisch genutzt werden können. In der Ukraine stößt die Meldung auf Kritik, da die deutsche Regierung keine Waffen an die Ukraine liefert, Russland aber Dual-Use-Güter erhält.
13.02.2022	Der bekannte Investigativjournalist Mychajlo Tkatsch wird bei Dreharbeiten am VIP-Terminal des Flughafens Dnipro von Unbekannten attackiert und mit einem Messer bedroht. Die Angreifer fordern von Tkatsch, zuvor gemachte Aufnahmen wieder zu löschen.
14.02.2022	Olaf Scholz reist erstmals in seiner Funktion als Kanzler in die Ukraine und trifft in Kyjiw auf Präsident Wolodymyr Selenskyj. Scholz warnt Russland vor weitreichenden Konsequenzen, sollte es die Ukraine angreifen. Was die umstrittene deutsch-russische Pipeline Nord Stream 2 anbelangt, die der ukrainische Präsident als »geopolitische Waffe« gegen die Energiesicherheit in Europa bezeichnet, bleibt Scholz bedeckt. Laut Scholz habe Selenskyj zugesichert, im Rahmen des Minsker Prozesses einen neuen Plan über den Sonderstatus der von Russland kontrollierten »Volksrepubliken« vorzustellen.
14.02.2022	Die Finanzminister der G7-Staaten warnen Russland vor »massiven« wirtschaftlichen Konsequenzen, sollte es die Ukraine angreifen. Die G7 seien bereit, gemeinsam wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland zu verhängen und die Ukraine bei Bedarf kurzfristig finanziell zu unterstützen. Unmittelbare Priorität bestehe jedoch darin, eine weitere Eskalation der angespannten Lage zu verhindern.
14.02.2022	Der kanadische Premierminister Justin Trudeau bietet der Ukraine Kredite in Höhe von knapp 350 Mio. Euro an, um das Land angesichts der russischen Bedrohung finanziell zu unterstützen. Auch werde Kanada weitere Waffen und Munition im Umfang von 5,4 Mio. Euro an die Ukraine senden, so Trudeau.
14.02.2022	Russische Medien berichten, dass die russische Duma plant, am 15. Februar über zwei Anträge über die selbsternannten und international nicht anerkannten »Volksrepubliken« Donezk (DNR) und Luhansk (LNR) abzustimmen. Die Anträge beinhalten einen Appell an den russischen Präsidenten, die DNR und LNR als unabhängige Staaten anzuerkennen.
14.02.2022	US-Außenminister Anthony Blinken bietet der Ukraine eine Garantie für einen Staatskredit in Höhe von bis zu einer Milliarde US-Dollar an, um das Land angesichts des schwindenden Vertrauens von Investoren, die ihr Kapital wegen der drohenden Kriegsgefahr abziehen, finanziell zu unterstützen.
15.02.2022	In einer der bisher größten Cyberattacken auf die Ukraine werden die Webseiten des ukrainischen Verteidigungsministeriums sowie von zwei der größten Banken des Landes, der PrivatBank und der Oschadbank, zeitweise lahmgelegt. In den vergangenen Wochen war die Ukraine mehrfach Ziel größerer Cyberattacken, wofür Russland verantwortlich gemacht wird.
15.02.2022	Die Zahl der vollständig (zweifach) gegen Covid-19 geimpften Ukrainer:innen übersteigt 15 Millionen, was ca. 39 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht.
15.02.2022	Die russische Duma stimmt mit 351 von 450 Stimmen dafür, dass Präsident Wladimir Putin die von Russland kontrollierten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk als unabhängige Staaten anerkennen soll.
15.02.2022	Die unabhängige Onlinezeitung Kyiv Independent berichtet unter Berufung auf Regierungskreise, dass der französische Präsident Emmanuel Macron den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj bei deren Treffen am 8. Februar in Kyjiw dazu gedrängt haben soll, im Rahmen der Minsker Vereinbarungen direkt mit den Anführern der von Russland kontrollierten »Volksrepubliken« zu verhandeln. Russland fordert direkte Verhandlungen zwischen Kyjiw und den selbsternannten pro-russischen Machthabern in Donezk und Luhansk, was die Ukraine strikt ablehnt.
15.02.2022	Entgegen der Ankündigung des russischen Verteidigungsministeriums über einen Teilabzug russischer Truppen von den Grenzen zur Ukraine teilt NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg mit, es gebe bisher keine Belege für einen derartigen Truppenabzug. Das unabhängige Rechercheprojekt Conflict Intelligence Team, das die russischen Truppenbewegungen seit Monaten anhand von offenen Quellen und Satellitendaten beobachtet, registriert im Gegenteil Bewegungen zur russisch-ukrainischen Grenze hin, aber nicht davon weg.

15.02.2022	Nach seinem Besuch in Kyjiw reist Bundeskanzler Olaf Scholz zu Vermittlungsgesprächen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin nach Moskau. In der anschließenden Pressekonferenz teilt Scholz mit, dass solange er und Putin im Amt seien, die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine nicht auf der Agenda stehe. Putin fordert erneut eine weitreichende schriftliche Garantie, dass die Ukraine niemals der NATO beitreten werde.
15.02.2022	Das ukrainische Parlament verabschiedet ein Gesetz zur Kriminalisierung von Antisemitismus. Antisemitische Straftaten können nun mit Freiheitsstrafen bis zu acht Jahren Haft sanktioniert werden, wenn die Handlungen von einer organisierten Gruppe begangen werden oder schwerwiegende Folgen haben.
15.02.2022	Der Premierminister von Japan, Fumio Kishida, sagt bei einem Telefongespräch mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj der Ukraine bis zu 100 Millionen US-Dollar Kredithilfen zu, um die ukrainische Wirtschaft angesichts der angespannten Lage infolge des russischen Truppenaufmarsches an den Grenzen zur Ukraine zu unterstützen.
16.02.2022	US-Außenminister Anthony Blinken berichtet, dass die USA bisher noch keine Anzeichen für einen russischen Truppenabzug von den Grenzen zur Ukraine beobachten können. Auch die NATO kann bisher keinen Abzug des russischen Militärs feststellen, berichtet Generalsekretär Jens Stoltenberg.
16.02.2022	Das EU-Parlament bewilligt der Ukraine ein Darlehen von 1,2 Mrd. Euro, das der Ukraine helfen soll, ihren Außenfinanzierungsbedarf für 2022 zu decken. Seit 2014 haben die EU und ihre Finanzinstitutionen der Ukraine insgesamt mehr als 17 Mrd. Euro in Form von Zuschüssen und Darlehen bereitgestellt.
16.02.2022	Ein Gericht in der von Russland annektierten Krim verurteilt den ukrainischen Journalisten Wladyslaw Jesipenko zu sechs Jahren Haft, da er einen Sprengsatz gelagert und transportiert haben soll. Jesipenko bestreitet die Vorwürfe. Die Menschenrechtsbeauftragte der Ukraine, Ljudmyla Denisowa, bezeichnet das Verfahren als »fabriziert« und Reporter ohne Grenzen und das Komitee zum Schutz von Journalisten fordern die sofortige Freilassung von Jesipenko.
16.02.2022	Laut einer neuen Umfrage der soziologischen Rating-Gruppe würden, wären jetzt Präsidentschaftswahlen, 24,6 Prozent der Ukrainer:innen für Amtsinhaber Wolodymyr Selenskyj stimmen und 16,8 Prozent für seinen Vorgänger Petro Poroschenko.
16.02.2022	Oleksandr Abramenko erringt bei den Olympischen Winterspielen in Peking im Freestyle Skiing die erste Goldmedaille für die Ukraine.
16.02.2022	Die prominente Pop-Sängerin Alina Pasch, die wenige Tage zuvor den nationalen Vorentscheid für den Eurovision Song Contest gewann und als Siegerin die Ukraine im Finale in Turin vertreten sollte, sagt ihre Finalteilnahme ab, nachdem öffentlich wird, dass sie für ein Konzert auf der von Russland annektierten Krim illegal, d. h. über Russland, eingereist war. Bereits 2019 sagte Maruv, die damalige Siegerin des Vorentscheids, ihre Teilnahme am Eurovision-Finale wegen umstrittener Konzerte in Russland ebenfalls ab.
17.02.2022	An der Kontaktlinie im Donbas nimmt die Intensität der Kämpfe stark zu, allen voran nahe Stanyzja Luhanska, wo von den pro-russischen »Separatisten« auch ein Kindergarten getroffen wurde. Die Kinder bleiben unversehrt, da sie zum Zeitpunkt des Beschusses bereits in Sicherheit gebracht worden waren.
17.02.2022	Das russische Außenministerium veröffentlicht seine Antwort auf das Schreiben der USA von Ende Januar 2021 bezüglich der russischen Forderungen nach weitreichenden Sicherheitsgarantien. Im Antwortsschreiben droht Russland der USA mit »militärisch-technischen Maßnahmen«, falls die USA ihre Truppen aus Zentral-, Ost-, Südosteuropa und dem Baltikum nicht abziehen. Auch fordert Russland weiterhin schriftliche Sicherheitsgarantien von der NATO, dass diese sich nicht weiter ostwärts erweitere.
17.02.2022	Laut dem Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates Oleksij Danylow versuche Russland, die Ukraine im Donbas zu provozieren. Auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärt am selben Tag, dass Russland versuchen könnte, einen Vorwand für einen Angriff auf die Ukraine zu inszenieren.
17.02.2022	Präsident Wolodymyr Selenskyj besucht ukrainische Soldat:innen an der Kontaktlinie und ruft die Sonderbeobachtermission der OSZE (OSZE SMM) auf, weiterhin Waffenstillstandsverletzungen zu dokumentieren. Die OSZE SMM berichtet, dass die von Russland unterstützten »Separatisten« unter anderem 82 Panzer näher an die Kontaktlinie gebracht haben. Den Beschuss eines Kindergartens am Vortag in Stanyzja Luhanska bezeichnet Selenskyj als »große Provokation«.
17.02.2022	Bei ihrem Besuch in Kyjiw gibt die britische Außenminister Liz Truss die Gründung der Trilateralen Partnerschaft zwischen Großbritannien, der Ukraine und Polen bekannt. Die neue Partnerschaft wurde Anfang des Monats bereits von Präsident Wolodymyr Selenskyj angekündigt und soll laut Außenminister Dmytro Kuleba die Sicherheit und den Handel zwischen den drei Staaten fördern.

17.02.2022	Laut einer neuen Umfrage der soziologischen Rating-Gruppe sprechen sich 68 Prozent der ukrainischen Bevölkerung für einen NATO-Beitritt ihres Landes aus, 30 Prozent sind dagegen. Für einen EU-Beitritt sind 68 Prozent, 24 Prozent dagegen. Das sind die höchsten Zustimmungswerte seit 2014.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf http://www.laender-analysen.de/ukraine/ *unter dem Link »Chronik« lesen.*

Herausgeber:
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

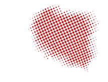
Redaktion:
Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Chronik: Dr. Eduard Klein
Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens
Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1862-555X © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/ukraine/































Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/belarus/

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/russland/

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/ukraine/

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: http://www.laender-analysen.de/zentralasien/